ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Arbeitskreis Konjunktur des IWH

Article

Konjunktur aktuell: Aufschwung in Deutschland und in der Welt

Konjunktur aktuell

Provided in Cooperation with:
Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Arbeitskreis Konjunktur des IWH (2017) : Konjunktur aktuell: Aufschwung in Deutschland und in der Welt, Konjunktur aktuell, ISSN 2195-8319, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 5, Iss. 5, pp. 97-137

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/176690

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Konjunktur aktuell: Aufschwung in Deutschland und in der Welt

Arbeitskreis Konjunktur des IWH*

Zusammenfassung

Zur Jahreswende ist die deutsche Konjunktur nach wie vor kräftig. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahr 2017 um 2,2% zunehmen, und weil in diesem Jahr deutlich weniger Arbeitstage anfallen als zuvor, beträgt die Zuwachsrate kalenderbereinigt sogar 2,5%. Der Aufschwung ist breit aufgestellt. Schon länger treibt die deutliche Zunahme der Beschäftigung die privaten Einkommen, den Konsum und den Wohnungsbau, der außerdem von den sehr niedrigen Zinsen Rückenwind erhält. Zudem profitieren die deutschen Exporte zurzeit von der schwungvollen internationalen Konjunktur. Auch weil die Geldpolitik im Euroraum vorerst expansiv bleibt, ist damit zu rechnen, dass sich der Aufschwung im Jahr 2018 fortsetzt; die Produktion dürfte dann erneut um 2,2% zunehmen (auch kalenderbereinigt). Die Verbraucherpreisinflation ist in den Jahren 2017 und 2018 mit 1,7% moderat. Zwar nimmt der binnenwirtschaftliche Preisdruck zu, aber die die Effekte des Energiepreisanstiegs vom Jahr 2017 laufen im Jahr 2018 aus, und die Aufwertung des Euro im Sommer 2017 wirkt preissenkend. Die schon gegenwärtig niedrige Arbeitslosenquote geht im kommenden Jahr weiter zurück. Der Finanzierungssaldo des Staates fällt im Jahr 2018 mit 1,3% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt fast so hoch wie im Vorjahr aus, wenn man keine neuen finanzpolitischen Maßnahmen unterstellt. Die ostdeutsche Wirtschaft dürfte in den Jahren 2017 und 2018 mit 2,1% bzw. 2,0% etwas langsamer expandieren als die gesamtdeutsche. Weil das Verarbeitende Gewerbe in Ostdeutschland nicht so exportorientiert ist wie das im Westen, profitiert es auch nicht ganz so stark von der gegenwärtig sehr kräftigen internationalen Konjunktur.

Tabelle
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2017 bis 2019

	2016	2017	2018	2019
		Veränderung des preisbereinigten BIP gegenüber dem Vorjahr in %		
Deutschland	1,9	2,2	2,2	1,6
darunter: Ostdeutschland[a]	2,1	2,1	2,0	1,5
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Arbeitsvolumen	0,6	1,3	1,2	0,8
Tariflöhne je Stunde	2,1	2,3	2,4	2,4
Effektivlöhne je Stunde	3,2	2,8	2,8	3,0
Lohnstückkosten[b]	1,6	1,8	1,8	2,2
Verbraucherpreisindex	0,5	1,7	1,7	1,7
		in 1 000 Personen		
Erwerbstätige (Inland)	43 638	44 295	44 878	45 322
Arbeitslose[c]	2 691	2 535	2 440	2 397
		in %		
Arbeitslosenquote[d]	6,1	5,7	5,4	5,3
darunter: Ostdeutschland[a]	8,5	7,6	7,1	6,9
		% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt		
Finanzierungssaldo des Staates	0,8	1,4	1,3	1,3
Leistungsbilanzsaldo	8,4	8,1	8,1	8,1

[a] Ostdeutschland einschließlich Berlin. – [b] Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – [c] Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit (BA). – [d] Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2017: Prognose des IWH (Stand: 14.12.2017).

* Brautzsch, Hans-Ulrich; Claudio, Joao Carlos; Drygalla, Andrej; Exß, Franziska; Heinisch, Katja; Holtemöller, Oliver; Kämpfe, Martina; Lindner, Axel; Rehbein, Oliver; Scherer, Jan-Christopher; Schultz, Birgit; Wieschemeyer, Matthias; Zeddies, Götz.

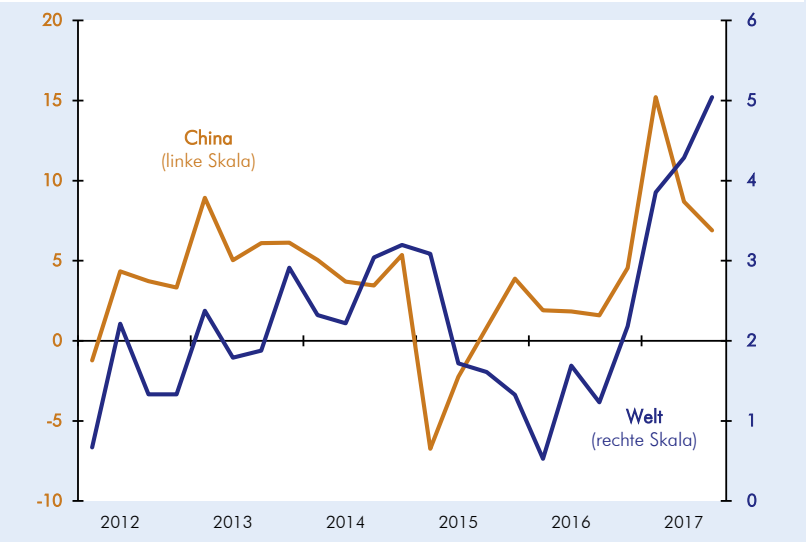
Kräftige Weltkonjunktur

Im Jahr 2017 hat die zuvor nur mäßige Weltkonjunktur erheblich an Schwung gewonnen. Zentren des Aufschwungs sind China, die USA und der Euroraum. Für alle drei Wirtschaftsräume gilt, dass die Produktion seit der zweiten Jahreshälfte 2016 beschleunigt zunimmt und der Auslastungsgrad der Kapazitäten steigt. In Japan ist die Konjunktur schon längere Zeit recht stark, und von den größeren fortgeschrittenen Volkswirtschaften hat, wohl aufgrund der Brexit-Entscheidung, nur die britische im Lauf des Jahres 2017 an Schwung verloren. Schließlich hat der Wiederanstieg der Rohstoffpreise seit Anfang 2016 zu einer wirtschaftlichen Erholung der großen Rohstoffexporteure Russland und Brasilien geführt.

Der weltwirtschaftliche Aufschwung dürfte auf das Zusammentreffen dreier Faktoren zurückzuführen sein: Zum einen begünstigt die weltweit ausgesprochen expansive Geldpolitik schon seit Jahren die realwirtschaftliche Aktivität. So sind die Zinsen für Schuldner guter Bonität im Euroraum, in Großbritannien und in Japan in realer Rechnung für alle Laufzeiten negativ, in den USA sind sie es für kürzere Fristen, und am langen Ende sind sie mit etwa 2,4% (Rendite von Staatstiteln mit zehnjähriger Laufzeit) deutlich niedriger als die erwartete nominale Wachstumsrate der US-Wirtschaft. Die Finanzierungsbedingungen sind damit in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften ausgesprochen günstig. Zum anderen ist der Ölpreis seit dem Jahr 2015 im Schnitt nur etwa halb so hoch wie in den Jahren zuvor. Schließlich hat die chinesische Nachfrage nach Importgütern nach einer längeren Schwächephase seit Herbst 2016 sehr stark angezogen und damit wesentlich zur Belebung des Welthandels beigetragen (vgl. Abb. 1). Dieser Anstieg ist wohl vor allem Folge expansiver wirtschaftspolitischer Maßnahmen, insbesondere der Ausweitung öffentlicher Infrastrukturinvestitionen.

Zuletzt deuten Stimmungsindikatoren allerdings darauf hin, dass die chinesische Konjunktur etwas an Fahrt verloren hat. Zudem ist der Erdölpreis in der zweiten Jahreshälfte 2017 deutlich gestiegen. Er liegt im Dezember mit etwa 63 US-Dollar pro Barrel (Brent) zwar immer noch deutlich unter den etwa 100 US-Dollar, die Öl in den Jahren 2011 bis 2014 kostete, aber etwa 40% über seinem Durchschnittspreis im vergangenen Jahr. Der Wiederanstieg ist vor allem auf die mit der guten Weltkonjunktur wieder stärker steigende Erdöl-Nachfrage zurückzuführen. Eine Rolle spielt aber auch, dass die Absprachen von OPEC und Russland über Förderkürzungen von Dezember 2016 und Mai 2017 offensichtlich in etwa eingehalten werden; im November wurden sie für das kommende Jahr nochmals verlängert. Ende dieses Jahres haben sich außerdem politisch bedingte Risiken für die Ölproduktion im Nahen Osten wieder erhöht. Wenn sich diese Risiken nicht realisieren, ist zu erwarten, dass der deutliche Anstieg des Ölpreises im kommenden Jahr keine Fortsetzung findet. Denn die Schieferöl-Produzenten in den USA können seit einiger Zeit sehr flexibel auf Preisschwankungen reagieren und werden für eine spürbare Ausweitung des Ölangebots sorgen (vgl. Abb. 2).

Abbildung 1
Warenimporte
Preisbereinigte Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in %



Quellen: CPB; National Bureau of Statistics of China; China Customs; Berechnungen und Darstellung des IWH.

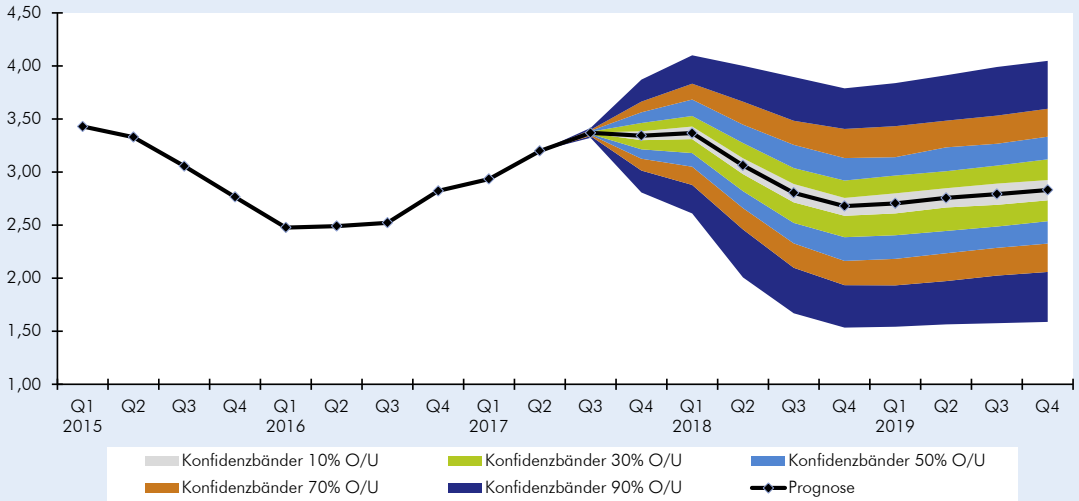
Die wohl wichtigste Ursache für die gute Weltkonjunktur, die günstigen Finanzierungsbedingungen aufgrund der expansiven Geldpolitik, dürfte im Jahr 2018 alles in allem noch fortbestehen. Denn trotz guter Konjunktur und vielfach hoher Beschäftigung können die Zentralbanken nach wie vor in den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften keine eindeutigen Anzeichen für ein Anziehen der Inflation ausmachen. Allerdings nimmt der Expansionsgrad ihrer Politik vielerorts spürbar ab. Die Europäische Zentralbank (EZB) wird die Zinsen im kommenden Jahr noch unverändert lassen, um abzuwarten, welche Auswirkungen die im Oktober beschlossene Verringerung ihrer Wertpapierkäufe an den Finanzmärkten hat. Die US-Notenbank hat mit ihrer Zinsanhebung vom Dezember einen Zwischenschritt auf dem Weg zu einer neutralen Ausrichtung ihrer Geldpolitik getan. Die Bank von England hat ihren Leitzins im November von 0,25% auf 0,5% angehoben und kommuniziert, dass sie mit zwei weiteren Zinsschritten in den Jahren 2018 und 2019 rechnet. Auch die koreanische Notenbank hat im November ihren Leitzins angehoben, von 1,25% auf 1,5%. Auf der anderen Seite konnten die Zentralbanken Russlands und Brasiliens ihre Leitzinsen nach und nach senken, denn in beiden Ländern hat sich der Außenwert der Währungen stabilisiert, und die Inflation ist zurückgegangen.

Abbildung 2
Ölpreis und Förderaktivität in den USA

Quellen: EIA, United States; US Department of Energy.

Die Finanzpolitik dürfte in den großen Volkswirtschaften im Jahr 2018 leicht expansiv ausgerichtet sein. Vor allem kommt es in den USA im Jahr 2018 zu einer umfangreichen Einkommens- und Unternehmenssteuerreform, welche der US-Wirtschaft einen deutlichen Impuls gibt.

Abbildung 3
Weltproduktion
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf, Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in %



Quellen: Nationale Statistikämter; IWF; Berechnungen und Prognosen mit dem internationalen Konjunkturmodell des IWH (vgl. Tab. 1).

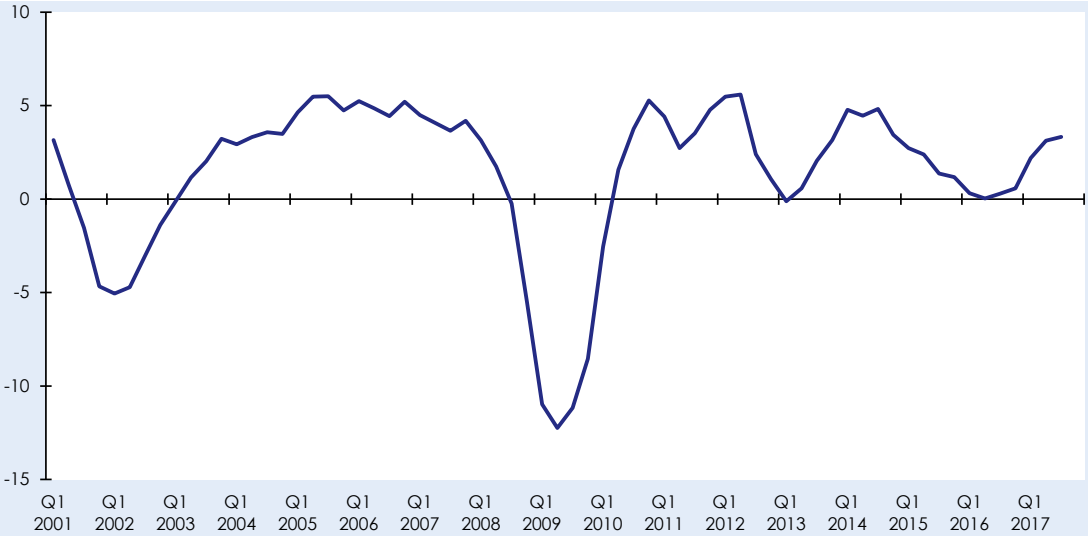
Im Euroraum ist die Finanzpolitik in den Jahren 2017 und 2018 alles in allem leicht expansiv ausgerichtet. Die britische Regierung plant, ihren in den vergangenen Jahren verfolgten Konsolidierungskurs fortzusetzen,

allerdings, nicht zuletzt wegen der eingetrübten Wirtschaftsaussichten, deutlich verlangsamt. Für China ist zu erwarten, dass die öffentlichen Infrastrukturinvestitionen im Jahr 2018 etwas moderater ausgeweitet werden als in den Jahren zuvor, und in Japan ist, anders als in den vergangenen zwei Jahren, gegenwärtig kein expansiv wirkender Nachtragshaushalt geplant.

Abbildung 4

Investitionsdynamik in den G7-Ländern

Zuwachs der Bruttoanlageinvestitionen[1] ohne Wohnungsbau gegenüber dem Vorjahresquartal in den USA, Japan, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Kanada; Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt zu aktuellen Wechselkursen



[1] USA, Japan, Kanada: Unternehmenssektor; Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien: öffentliche und private Investitionen.

Quellen: Eurostat und nationale Statistikämter, Berechnungen und Darstellung des IWH.

Vonseiten der Wirtschaftspolitik sind die Voraussetzungen für eine Fortsetzung der guten Weltkonjunktur im Jahr 2018 also gegeben. Auf eine weitere kräftige Expansion (vgl. Abb. 3) deuten auch die jüngsten Unternehmensbefragungen hin, nach denen sich die Stimmung in den USA und im Euroraum sogar noch weiter verbessert hat. Die Investitionstätigkeit in den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften hat zwar deutlich angezogen, sie war in den vergangenen 20 Jahren aber auch schon höher (vgl. Abb. 4). Das Motiv der Erweiterung der Produktionskapazitäten dürfte jedenfalls an Bedeutung gewinnen: Die fortgeschrittenen Volkswirtschaften werden das erste Mal seit Finanzkrise und Großer Rezession 2008/09 im Mittel wohl in die Überauslastung kommen.[1] Es ist deshalb mit einem Anziehen der Preis- und Lohndynamik in diesem Länderkreis zu rechnen. Der Inflationsdruck ist freilich von den Prognostikern in den vergangenen Jahren immer wieder überschätzt worden. Diesmal ist allerdings von den gestiegenen Energiepreisen ein deutlicher Anstoß für inflationäre Prozesse zu erwarten.

Alles in allem expandiert die Weltproduktion nach vorliegender Prognose in den Jahren 2017 und 2018 um je 3,2%, und im Jahr 2019 um 2,9% (vgl. Tab. 1).[2] Der Welthandel (Waren) legt im Jahr 2017 mit 4,4% seit einigen Jahren erstmals wieder deutlich schneller zu als die Weltproduktion. Für das Jahr 2018 beinhaltet die vorliegende Prognose einen Zuwachs von 3,8% und für 2019 von 3,3%. Die Inflationsraten ziehen vielerorts deutlich an.

1 Für 2018 wird die erste Überauslastung seit dem Jahr 2008 vom IWF in den „Größeren Fortgeschrittenen Volkswirtschaften“ (USA, Euroraum, Japan, Großbritannien und Kanada) und von der OECD für die OECD-Mitgliedsstaaten prognostiziert. Vgl. International Monetary Fund (October 2017), Seeking Sustainable Growth: Short-Term Recovery, Long-Term Challenges. Washington, OECD (2017), OECD Economic Outlook, 2017 (2).

2 Die Rate bezieht sich auf den auch von der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose betrachteten Länderkreis, wobei die Zuwachsraten mit dem nominalen Bruttoinlandsprodukt des Jahres 2016 auf der Basis von Marktwechselkursen gewichtet wurden. Bei Gewichtung mit Kaufkraftparitäten ergeben sich Zuwächse von 3,7% für 2017, 3,8% für 2018 und 3,6% für 2019.

Tabelle 1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	(BIP)	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
	in %	2016	2017	2018	2019	2016	2017	2018	2019	2016	2017	2018	2019
Europa	29,4	1,8	2,5	2,2	1,8	1,1	2,2	2,2	2,2				
EU 28	24,6	1,9	2,4	2,2	1,7	0,3	1,7	1,7	1,8	8,6	7,7	7,2	6,9
Schweiz	1,0	1,4	1,0	1,9	1,6	–0,4	0,5	0,7	0,8	4,6	4,6	4,6	4,5
Norwegen	0,6	1,1	2,2	2,2	1,8	3,5	2,0	1,8	1,8	4,8	4,4	4,2	4,0
Türkei	1,3	3,3	6,8	3,4	3,4	7,8	11,1	8,7	7,3				
Russland	1,9	–0,2	1,9	1,9	1,7	7,0	3,7	3,4	3,9				
Amerika	36,4	0,9	2,1	2,4	2,2								
USA	27,8	1,5	2,3	2,5	2,2	1,3	2,1	2,3	2,4	4,9	4,4	4,3	4,2
Kanada	2,3	1,5	2,9	2,3	2,1	1,4	1,6	2,0	2,0	7,0	6,4	6,0	6,0
Lateinamerika[1]	6,2	–2,0	1,1	1,8	2,4								
Brasilien	2,7	–3,6	1,1	2,0	2,4								
Mexiko	1,6	2,7	2,2	2,0	2,2								
Asien	34,3	4,9	5,1	5,0	4,7								
Japan	7,4	1,0	1,8	1,6	1,0	–0,1	0,4	0,8	1,2	3,1	2,8	2,7	2,8
China ohne Hongkong	16,8	6,7	6,8	6,5	6,2								
Südkorea	2,1	2,8	3,3	3,2	2,8	1,0	2,1	2,1	2,1	3,7	3,7	3,6	3,5
Indien	3,4	7,1	6,2	7,4	7,1								
Ostasien ohne China[2]	4,6	3,7	4,1	4,1	4,1								
insgesamt[3]	100,0	2,5	3,2	3,2	2,9								
fortgeschrittene Volkswirtschaften[4]	67,5	1,6	2,3	2,3	1,9	0,8	1,7	1,9	2,0	6,2	5,6	5,3	5,1
Schwellenländer[5]	32,5	4,4	5,1	5,2	5,1								
nachrichtlich:													
Exportgewichtet[6]	–	2,1	2,7	2,8	2,3								
in der Abgrenzung des IWH-Modells[7]	–	2,6	3,2	3,0	2,8								
gewichtet nach Kaufkraftparitäten[8]	–	3,1	3,7	3,8	3,6								
Welthandel[9]	–	1,4	4,4	3,8	3,3								

[1] Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Venezuela, Kolumbien, Chile. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2016 in US-Dollar.
[2] Gewichteter Durchschnitt aus: Indonesien, Taiwan (Provinz Chinas), Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen, Hongkong (Sonderverwaltungszone Chinas). Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2016 in US-Dollar.
[3] Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2016 in US-Dollar.
[4] EU 28, Schweiz, Norwegen, USA, Kanada, Japan, Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur.
[5] Russland, China ohne Hongkong, Indien, Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen, Lateinamerika.
[6] Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2016.
[7] Vgl. hierzu: Drygalla, A., Holtemöller, O., Lindner, A. (2016), Internationale Konjunkturprognose und konjunkturelle Stressszenarien für die Jahre 2015 bis 2020, IWH Online, Nr. 4, 2016, S. 6.
[8] Kaufkraftparitäten aus: IMF, World Economic Outlook, October 2017.
[9] Realer Güterhandel. Wert für 2016 von CPB.

Quellen: IWF; OECD; CPB; ab 2017: Prognose des IWH.

Risiken

Private Haushalte, Unternehmen und auch Prognostiker schätzen die Aussichten für die Weltkonjunktur im Jahr 2018 ausgesprochen positiv ein. Dabei haben die schon seit einiger Zeit virulenten Risikofaktoren kaum an Bedeutung verloren. Zu nennen sind geopolitische Risiken im Nahen Osten und um Nordkorea, protektionistische Zielsetzungen der US-Regierung, die Möglichkeit eines Scheiterns der Brexit-Verhandlungen und die hohe und steigende Verschuldung im chinesischen Unternehmenssektor.

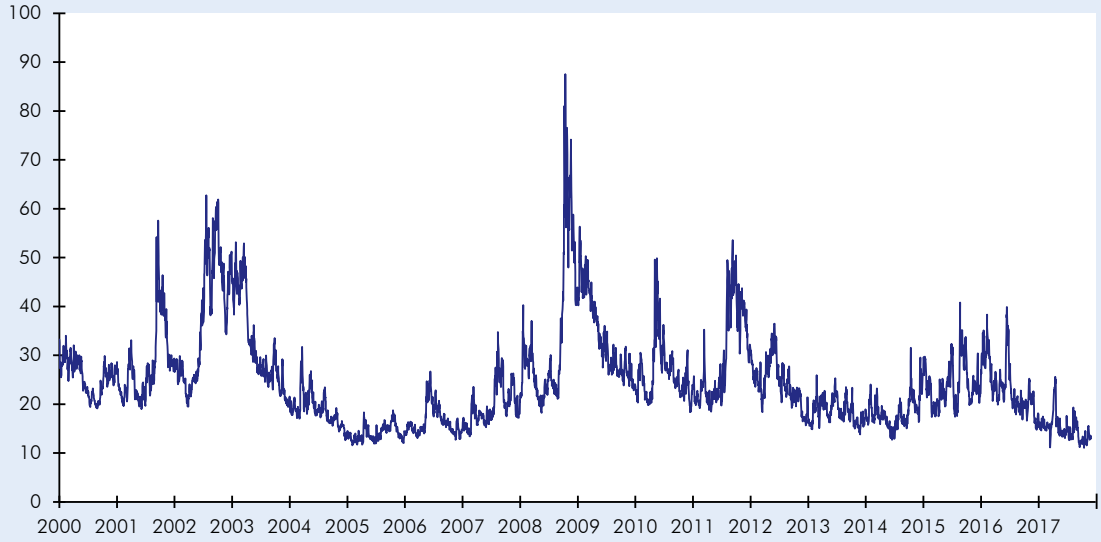
Abbildung 5
Risikoprämie für Wertpapiere von Emittenten geringer Bonität im Euroraum
Differenz der Rendite des Bank of Am/Merrill Lynch High Yield Index gegenüber der Rendite von Bundeswertpapieren mit zehnjähriger Laufzeit

Quellen: Thomson Reuters Datastream; Merrill Lynch; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Was in jüngster Zeit Grund zu vermehrter Sorge gibt, sind die internationalen Finanzmärkte, und zwar gerade wegen ihres Optimismus. Die Aktienkurse sind das Jahr über im Allgemeinen sehr deutlich gestiegen. Die Marktbewertungen von US-Aktien haben, gemessen an den konjunkturbereinigten Gewinnniveaus der Unternehmen, in etwa die Höhe des Vorkrisenjahres 2007 erreicht. Was den Euroraum betrifft, so sind dort zuletzt Risikoprämien und Maße für die Unsicherheit über die künftige Kursentwicklung für Wertpapiere den Tiefstständen von 2007 nahe gekommen (vgl. Abb. 5 und Abb. 6). Es drängt sich die Frage auf, ob die Bewertungsrisiken möglicherweise gegenwärtig ebenso unterschätzt werden wie damals, und ob eine abrupte Korrektur vergleichbare Folgen hätte.

Wesentliche Ursache für Überbewertungen vor der Finanzkrise war die verbreitete Fehleinschätzung, dass die damals neuentwickelten Finanzinstrumente helfen würden, Anlagerisiken zu begrenzen. Gegenwärtig könnte sich eine Überbewertung von Vermögenstiteln aus der nun schon neun Jahre dauernden Phase geldpolitisch induzierter negativer Realzinsen entwickelt haben.

Abbildung 6
Implizite Volatilität des STOXX-Indexes für Aktien von Unternehmen des Euroraums



Quelle: STOXX.

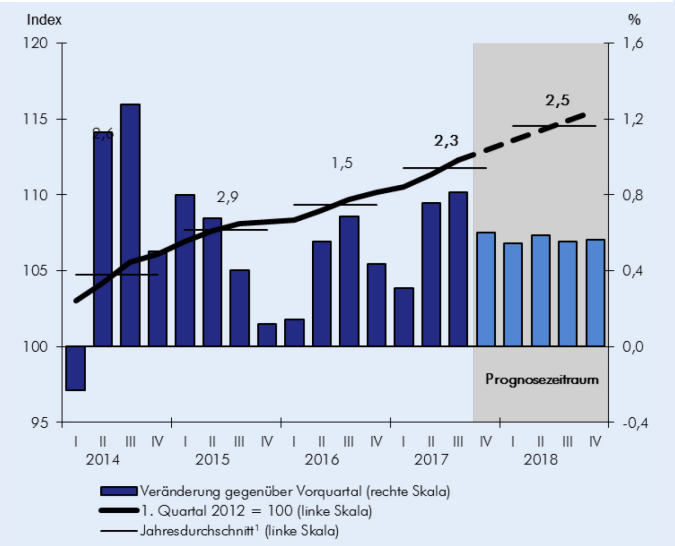
Neben Aktien scheinen Immobilien in einigen Ländern, etwa Kanada, Australien und Schweden – aber auch in deutschen Ballungszentren – ausgesprochen teuer. Freilich sind die Bewertungsgewinne in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften anders als mancherorts vor 2008 nicht mit exorbitant steigenden Kreditvolumina einhergegangen. Auch hat eine Vielzahl von Regulierungen (etwa bezüglich der Eigenkapitalquoten) den Bankensektor wohl stabiler gemacht. Das Finanzsystem dürfte deshalb Preisrückgänge besser verkraften können. Je länger aber die Zentralbanken die Zinsen außerordentlich niedrig lassen, etwa weil sich die

Inflation in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften auch im Jahr 2018 nicht in Richtung der Zielraten bewegen will, desto größer wird das Risiko substantieller Fehlbewertungen, die irgendwann korrigiert werden müssen; eine solche Korrektur dürfte dann auch negative Effekte auf die Konjunktur haben.

Nur geringe realwirtschaftliche Effekte der expansiven Fiskalpolitik in den USA

Die wirtschaftliche Dynamik in den USA folgte in diesem Jahr einem zuletzt vertrauten Muster: Nach einem (bereits um Saisoneffekte bereinigten) eher schwachen Winterhalbjahr stieg das Bruttoinlandsprodukt im Verlauf des Jahres wieder kräftig an (vgl. Abb. 7). Zuletzt war die Expansion mit einer auf das Jahr hochgerechneten Rate von 3,3% auf dem höchsten Stand seit über zwei Jahren. Neben einer deutlichen Ausweitung der Lagerbestände trugen insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen zu der Beschleunigung bei.

Abbildung 7
Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA
saisonbereinigter Verlauf



[1] Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2017: Prognose des IWH.

In noch besserem Zustand präsentiert sich der Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote ist im Zuge der wirtschaftlichen Erholung weiter gesunken und hat mit aktuell 4,1% den niedrigsten Stand seit Ende des Jahres 2000 erreicht. Gemessen an dieser Statistik herrscht in den USA Vollbeschäftigung. Dafür spricht auch die historisch niedrige Zahl der Erstanträge auf Arbeitslosenunterstützung, die als Indikator für Entlassungen genutzt werden. Die zunehmende Knappheit auf dem Arbeitsmarkt hat allerdings noch nicht zu stärker steigenden nominalen Löhnen geführt. Dies lässt vermuten, dass trotz der bereits sehr guten Lage noch nicht ausgeschöpfte Potenziale vorhanden sind und die Arbeitslosenquote im nächsten Jahr noch weiter leicht zurückgehen könnte. Die realen Löhne stiegen zwar jüngst etwas an, doch ist dies auf die wieder zurückgehende Inflation zurückzuführen. Insgesamt stiegen die Konsumentenpreise im Oktober mit 2,0%, allerdings auch in Folge höhere Energiepreise. Die Kernrate, die Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel herausrechnet, liegt nur bei 1,8%.

Nachdem mit dem Senat auch die zweite Parlamentskammer einen Gesetzesvorschlag zu umfangreichen Steuersenkungen beschlossen hat, dürfte die von der Regierung vorangetriebene Steuerreform nun bald endgültig verabschiedet werden. Diese beinhaltet deutliche Senkungen sowohl bei Unternehmens- als auch privaten Einkommensteuern im Umfang von ca. 1,4 Billionen Dollar über die nächsten zehn Jahre. Dies entspricht einer jährlichen Steuerentlastung von ¾% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Gleichwohl dürften die positiven realwirtschaftlichen Effekte deutlich geringer ausfallen als von der US-Regierung intendiert. Denn bereits jetzt ist die konjunkturelle Dynamik recht stark, und die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten sind ausgelastet. Außerdem dürften die positiven, aber nur geringen Effekte nicht ausreichen, um über ein höheres Wirtschaftswachstum und die damit verbundenen Steuermehreinnahmen die Kosten zu kompensieren, so dass in der Folge die Staatsverschuldung der USA deutlich ansteigen dürfte. Dies wiederum könnte langfristig zu einer restriktiveren Fiskalpolitik führen.

Über den Prognosezeitraum dürfte die Steuerreform vor allem den allgemeinen Preisauftrieb verstärken und die US-Notenbank veranlassen, die Zinsen stärker zu erhöhen als derzeit kommuniziert, um eine Überhitzung der Wirtschaft zu vermeiden. Daher dürften der Erhöhung um 25 Basispunkte in Dezember 2017 In den Jahren 2018 und 2019 jeweils drei weitere Erhöhungen folgen, so dass der Zielbereich der Leitzinsen zum Ende des Prognosezeitraums zwischen 2.75% und 3% liegen dürfte.

Denn auch jetzt deuten verschiedene Indikatoren schon auf eine fortgesetzte Expansion hin. Die Einkaufsmanagerindizes des Institute for Supply Management (ISM) sowohl für Dienstleistungen als auch für das Verarbeitende Gewerbe haben wieder das hohe Niveau von vor der Rezession erreicht, und auch die in diesem Jahr deutlich gestiegenen Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe signalisieren eine weitere Ausweitung der Produktion. Gleichzeitig dürfte auch die Nachfrage der privaten Konsumenten bei guter Stimmung hoch bleiben.

Tabelle 2
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA

	2016	2017	2018	2019
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
reales Bruttoinlandsprodukt	1,5	2,3	2,5	2,2
privater Konsum	2,7	2,7	2,6	2,3
Staatskonsum und -investitionen	0,8	–0,1	0,5	0,6
private Bruttoanlageinvestitionen	–1,6	2,9	2,6	3,4
inländische Verwendung	1,7	2,3	2,3	2,2
Exporte	–0,3	3,2	3,3	3,1
Importe	1,3	3,2	2,6	3,2
Außenbeitrag[1]	–0,2	–0,1	0,0	–0,1
Verbraucherpreise	1,3	2,1	2,3	2,4
	in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
Budgetsaldo[2]	–4,4	–4,5	–4,8	–5,0
Leistungsbilanzsaldo	–2,4	–2,4	–2,3	–2,4
	in % der Erwerbspersonen			
Arbeitslosenquote	4,9	4,4	4,3	4,2

[1] Wachstumsbeitrag. – 2 Gesamtstaat (Bund plus Bundesstaaten und Gemeinden).

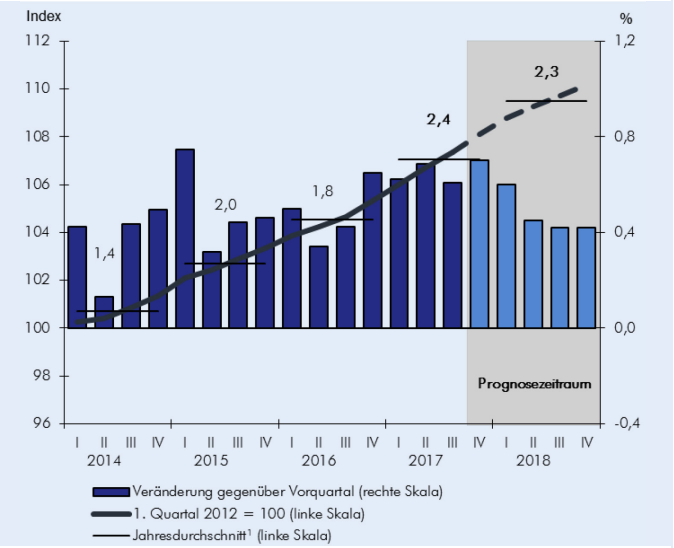
Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen des IWH; 2017 bis 2019: Prognose des IWH.

Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2017 um 2,3% zugenommen haben und dann in den Jahren 2018 und 2019 um 2,5% bzw. 2,3% zulegen (vgl. Tab. 2). Die Arbeitslosenquote dürfte weiter zurückgehen, allerdings nur noch leicht. Bezogen auf den Jahresschnitt dürfte sie 2017 bei 4,4% liegen und in den beiden darauffolgenden Jahren auf 4,3%, bzw. 4,2% zurückgehen. Wegen der dann überausgelasteten Kapazitäten dürfte die Verbraucherpreisinflation nach 2,1% im Jahr 2017 in den Folgejahren auf 2,3%, bzw. 2,4% ansteigen.

Schwungvolle Konjunktur im Euroraum

Die konjunkturelle Dynamik im Euroraum hat sich im Verlauf des Jahres 2017 merklich beschleunigt (vgl. Abb. 8). Die gesamtwirtschaftliche Produktion nahm von Juli bis September bereits das vierte Quartal in Folge mit einer Rate von mindestens 0,6% zu. Gegenüber dem Vorjahresquartal war die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts mit 2,5% so hoch wie seit Anfang 2011 nicht mehr. Auf einem Sechs-Jahres-Hoch sind ebenso die Produktionssteigerungen in Frankreich und Italien. Weiterhin robust ist die Konjunktur in Spanien, wo die Wirtschaftsleistung seit nunmehr drei Jahren mit Raten von mindestens 0,7% im Quartal expandiert und wo in diesem Sommer erstmals wieder das Produktionsniveau von vor der Großen Rezession erreicht wurde.

Abbildung 8
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum
saisonbereinigter Verlauf



[1] Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2017: Prognose des IWH.

Maßgeblich getragen wird der Aufschwung im Euroraum weiterhin von den Konsumausgaben der privaten Haushalte sowie Anlageinvestitionen, insbesondere in Ausrüstungen. Deutlich niedriger waren im bisherigen Jahresverlauf die Expansionsbeiträge des Außenhandels. Die des öffentlichen Konsums sind bereits seit vier Jahren in etwa konstant, jedoch nahezu vernachlässigbar. Die Bedeutung dieser Verwendungskomponente für die aktuelle Konjunktur in den

Mitgliedstaaten ist allerdings sehr heterogen. So trug im Sommerhalbjahr der Staatskonsum in Frankreich und Finnland knapp ein Viertel zur gesamten Produktionssteigerung bei, in Griechenland erklärte dessen Zunahme mehr als die Hälfte des Zuwachses des Bruttoinlandsproduktes.

Trotz vielerorts gestiegener Kapazitätsauslastung bleibt der Preisdruck im Währungsraum weiterhin niedrig. So ist das um Energie und Nahrungsmittel bereinigte Maß der Kerninflation im Herbst wieder leicht gesunken und lag zuletzt bei 1,1%. Der Anstieg des Verbraucherpreisindex liegt mit 1,5% nur unwesentlich über der Kernrate. Auch der Einfluss des gestiegenen Ölpreises auf die Teuerungsrate dürfte bis zuletzt überschaubar geblieben sein, da die Gemeinschaftswährung gegenüber dem US-Dollar im gleichen Zeitraum an Wert gewonnen hat.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit setzte sich auch im Verlauf dieses Jahres fort. Seit ihrem Höhepunkt zu Beginn des Jahres 2013 ist die Arbeitslosenquote um knapp 3,5 Prozentpunkte auf zuletzt 8,8% gesunken. Damit lag sie im Herbst erstmals seit dem Jahresanfang 2009 unter der Marke von 9%. Besonders deutlich sinkt der Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen in den ehemaligen Krisenländern Spanien, Portugal, Irland und Griechenland, aber auch in der Slowakei ist die Arbeitslosenquote auf Jahressicht zuletzt um mehr als 2 Prozentpunkte gesunken. Der Beschäftigungsaufbau zeigte sich ebenso sowohl im Euroraum als Ganzes als auch in den größten Mitgliedsstaaten bis zuletzt robust. Auf Jahressicht (zweites Quartal gegenüber Vorjahr) nahm die Anzahl der Stellen um 1,6% zu.

Monetäre Rahmenbedingungen im Euroraum bleiben günstig

Die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank bleibt weiterhin expansiv. Einlage- und Hauptrefinanzierungszinssatz bleiben mit −0,4% bzw. 0% weiterhin auf ihren jeweiligen historischen Tiefstständen. Das Ankaufprogramm für Staatsanleihen wurde bis mindestens September 2018 verlängert, wobei das Volumen der monatlichen Käufe ab Januar 2018 von 60 Mrd. Euro auf 30 Mrd. Euro halbiert wird. Im Jahr 2017 hatte die EZB die Anleihekäufe bereits von 80 Mrd. auf 60 Mrd. Euro reduziert. Somit ist ein Trend zur Beendigung der Anleihekäufe zu erkennen und es ist zu erwarten, dass diese gegen Ende des Jahres 2018 tatsächlich auslaufen. Die Zinsen auf den Geld- und Kapitalmärkten sind aufgrund des niedrigen Leitzinses weiterhin ebenfalls niedrig. Der Zins für unbesichertes Tagesgeld (EONIA) liegt bei -0,3% und die Zinsen für Anleihen höchster Bonität bei rund 0,3% für Staatsanleihen und 0,7% für Unternehmensanleihen. Das Kreditvolumen steigt weiter an: Bei Unternehmenskrediten um 2,4% und um 2,6% bei Haushaltskrediten (jeweils im Vorjahresvergleich). Damit verzeichnet das Kreditvolumen nun seit 2015 konstant positive Wachstumsraten. Trotzdem bleibt die Inflation weiterhin niedrig. Daher darf weiter mit sehr günstigen monetären Rahmenbedingungen im Euroraum gerechnet werden. Während der graduelle Stopp des Anleihekaufs eine Trendwende in der Geldpolitik der EZB andeutet, dürfte ein erster Zinsschritt nach oben noch etwas auf sich warten lassen.

Finanzpolitik im Euroraum im Jahr 2018 leicht expansiv

Schon seit sieben Jahren sinkt das über alle Mitgliedsstaaten des Euroraums zusammengefasste gesamtstaatliche Budgetdefizit, im Jahr 2017 vermutlich um 0,4 Prozentpunkte auf 1,1% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Dabei werden die öffentlichen Haushalte im Euroraum alles in allem schon seit dem Jahr 2015 nicht mehr konsolidiert. Vielmehr ist der Defizitrückgang ein Effekt der konjunkturellen Erholung und des geringeren Schuldendienstes wegen der stark gesunkenen Zinsen. Im Jahr 2017 dürften sich diese Ersparnisse und expansive finanzpolitische Maßnahmen mit jeweils etwa 0,2 Prozentpunkten in etwa aufgehoben haben. Knapp über der 3-Prozent-Marke dürfte nur noch das Defizit in Spanien zu liegen kommen, während das französische erstmals seit 10 Jahren wohl etwas darunter bleibt.

Im Jahr 2018 verschlechtert sich das zusammengefasste strukturelle Defizit nach der jüngsten Herbstprognose der Europäischen Kommission geringfügig (um 0,1 Prozentpunkte auf 0,1% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt), allerdings nur deshalb, weil die Zinszahlungen weiter sinken. Das diese Zahlungen ausklammernde Maß des konjunkturbereinigten Primärüberschusses verringert sich laut Kommission dagegen um immerhin 0,3 Prozentpunkte (auf 0,8%). Die Finanzpolitik ist demnach leicht expansiv ausgerichtet. We-

gen der sehr guten Konjunktur dürfte das zusammengefasste Defizit im Euroraum im Jahr 2018 trotzdem weiter auf 0,8% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt sinken.

Bedeutende finanzpolitische Kurswechsel gibt es in Frankreich, aber auch in den Niederlanden, wo die Ausrichtung deutlich expansiver wird. Die neue Koalition hat (auch vor dem Hintergrund eines strukturellen Überschusses des Staatshaushalts von etwa 0,3% relativ zum Bruttoinlandsprodukt) eine Ausweitung der sozialpolitischen Leistungen und eine Senkung der Unternehmenssteuern beschlossen. Schwieriger sind die konjunkturellen Effekte der finanzpolitischen Maßnahmen der französischen Regierung einzuschätzen. Insgesamt dürften in Frankreich die expansiven Effekte der Senkung von Unternehmens- und Vermögenssteuern die Wirkungen anderweitiger Steuererhöhungen und von Einsparungen beim Öffentlichen Dienst etwas überwiegen.

Aufschwung im Euroraum setzt sich fort

Realwirtschaftliche Frühindikatoren deuten für den Prognosezeitraum auf eine weitere Beschleunigung der Konjunktur hin, die sich in den darauffolgenden Quartalen nur langsam abschwächen dürfte. So ist der Einkaufsmanagerindex (Markit) für das Verarbeitende Gewerbe im November auf ein 17-Jahres-Hoch gestiegen. Deutlich angezogen hat im Herbst auch die Neukreditvergabe an den Privatsektor. Auch die Auftragslage der Unternehmen hat sich zuletzt abermals verbessert. Mit zunehmender Kapazitätsauslastung ist mit höheren Lohnsteigerungen und folglich höheren verfügbaren Einkommen zu rechnen, die den Aufschwung weiter begünstigen werden. Der gestiegene Ölpreis und die gesunkene preisliche Wettbewerbsfähigkeit infolge der Euro-Aufwertung in den vergangenen Monaten dürften nur leicht dämpfend wirken. Der Expansionsgrad der Geldpolitik wird in der zweiten Hälfte des Prognosezeitraums nur geringfügig reduziert, und die Finanzpolitik bleibt insgesamt weiterhin leicht expansiv.

Tabelle 3

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2016	2017	2018	2019
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
reales Bruttoinlandsprodukt	1,8	2,4	2,3	1,6
privater Konsum	2,0	1,9	1,6	1,3
öffentlicher Konsum	1,7	1,1	1,4	1,4
Bruttoanlageinvestitionen	4,5	4,1	4,2	3,6
inländische Verwendung	2,4	2,2	2,1	1,8
Exporte[1]	3,3	5,0	4,7	3,6
Importe[1]	4,7	4,8	4,9	4,0
Außenbeitrag[2]	–0,5	0,3	0,1	0,0
Verbraucherpreise[3]	0,2	1,5	1,4	1,7
	% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt			
Budgetsaldo[4]	–1,5	–1,1	–0,8	–0,7
Leistungsbilanzsaldo	3,3	3,2	3,2	2,9
	in % der Erwerbspersonen			
Arbeitslosenquote[5]	10,0	9,1	8,5	8,2

[1] Einschließlich Intrahandel. – 2 Wachstumsbeitrag. – 3 Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – 4 Gesamtstaatlich. – 5 Standardisiert.

Quellen: Eurostat; Europäische Kommission, ILO; Berechnungen des IWH; 2017 bis 2019: Prognose des IWH.

Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahr 2017 um 2,4% gestiegen sein. Für das Jahr 2018 wird ein Zuwachs von 2,3% und für 2019 von 1,6% prognostiziert (vgl. Tab. 3). Der Preisdruck dürfte sich aufgrund höherer Produktionskosten, insbesondere in den stärker ausgelasteten Volkswirtschaften des Euroraums, und des gestiegenen Ölpreises verstärken. Die Aufwertung des Euro aus dem Jahr 2017 wirkt jedoch einem stärkeren Anstieg der Verbraucherpreisinflation entgegen. Aufgrund eines Basiseffektes dürfte sich diese zu Beginn des Jahres 2018 zudem verlangsamen und im Jahresdurchschnitt auf 1,4% (nach 1,5% im Jahr 2017) sinken. Im Jahr darauf steigt sie auf 1,7%. Die günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wird sich fortsetzen. Der Rückgang der Arbeitslosenquote wird sich jedoch verlangsamen, da sich diese in den ehemaligen Krisenländern allmählich ihrem strukturellen Niveau annähert bzw. dieses in anderen Ländern bereits erreicht hat. Im Jahresdurchschnitt 2018 dürfte sie 8,6% und im Jahr darauf 8,2% betragen.

Auslandsnachfrage stützt britische Konjunktur

In Großbritannien hat sich die Konjunktur seit dem Brexit-Entscheid vom Juni 2016 deutlich abgeschwächt. Im bisherigen Jahresverlauf expandiert die Produktion mit einer Jahresrate von nur noch etwa 1 ½%. Besonders stark haben die Investitionen an Dynamik eingebüßt, wobei Unsicherheit über den außenwirtschaftlichen Ordnungsrahmen nach dem EU-Austritt im Frühjahr 2019 wohl eine wichtige Rolle spielt. Dass für britische Verhältnisse die Ausgaben der privaten Haushalte recht schwach, die Exporte aber kräftig zulegen, ist indirekt ebenfalls auf den Brexit zurückzuführen. Denn das Britische Pfund hat seit der Abstimmung real effektiv mit etwa 10% sehr deutlich an Außenwert eingebüßt. In der Folge hat die Verbraucherpreisinflation stark angezogen (auf 3% im Oktober) und die Kaufkraft der Haushalte gemindert. Die wechselkursbedingt höhere Wettbewerbsfähigkeit der britischen Wirtschaft hat neben den Ausfuhren auch das Gewinnpolster britischer Unternehmen gestärkt.

Günstig hat sich bis vor kurzem auch der Arbeitsmarkt entwickelt: Auch wenn Beschäftigung und Arbeitsvolumen nach Stunden im dritten Quartal etwas zurückgegangen sind, war die Arbeitslosenquote mit 4,2% im August immer noch auf einem Rekordtief. Das Produktionspotenzial dürfte gegenwärtig weitgehend ausgelastet sein. Sowohl die Bank von England als auch das Office for Budget Responsibility (das auf eine stabilitätsorientierte Finanzpolitik achten soll) sehen das Potenzialwachstum bei 1 ½ % und damit deutlich niedriger als vor dem Brexit-Entscheid. Gründe dafür sind die seit Mitte 2016 sinkende Immigration und vor allem eine pessimistischere Einschätzung der Produktivitätsentwicklung. Deshalb ist für die Bank von England die abgeschwächte Expansionsdynamik auch kein Anlass, die Normalisierung ihrer Geldpolitik zu verlangsamen, und entsprechend wurde der Leitzins im November von 0,25% auf 0,5% angehoben. Die Notenbank geht in ihren Projektionen davon aus, dass in den Jahren 2018 und 2019 noch zwei Zinsschritte folgen. Was die Finanzpolitik betrifft, hat der im November vorgestellte Haushaltsplan für 2018 das Tempo der Konsolidierung nochmals verlangsamt.[3]

Alles in allem dürfte die Konjunktur in Großbritannien im Jahr 2018 verhalten, aber stabil bleiben. Darauf deuten auch Frühindikatoren hin: Im Verarbeitenden Gewerbe ist die Zuversicht recht groß, im wichtigen Dienstleistungssektor und beim Bau aber nur mäßig. Die Stimmung bei den privaten Haushalten wird dadurch belastet, dass die Reallöhne nicht mehr steigen. Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahr 2017 um 1,5% und im Jahr 2018 um 1,4% zulegen. Die Verbraucherpreisinflation dürfte ihren Höhepunkt im Herbst überschritten haben und im Jahr 2018 bei 2,1% liegen. Eine wichtige Annahme für diese Prognose ist, dass sich bei den Brexit-Verhandlungen im Lauf des Jahres eine Einigung abzeichnen wird.

Wirtschaft in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländern der EU droht zu überhitzen

Die schon im Jahr 2016 recht kräftige Konjunktur in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländern der EU hat seit vergangenem Winter noch einmal deutlich an Schwung gewonnen: die Produktion expandiert mit Jahresraten von reichlich 4%. Der Aufschwung ist vor allem binnengetrieben. Sowohl die privaten Konsumausgaben als auch (mit Ausnahme von Polen) die Investitionen legen kräftig zu. Auch wenn die Exporteure von der starken Nachfrage aus dem Euroraum profitieren, so legen die Importe doch deutlich stärker zu, und die Leistungsbilanzen dürften sich im Jahr 2017 zumeist verschlechtert haben. Ein umfangreicheres Leistungsbilanzdefizit von etwa 3% relativ zum Bruttoinlandsprodukt zeichnet sich aber nur für Rumänien ab.

Der binnenwirtschaftliche Aufschwung wird teilweise von Finanzströmen aus dem Ausland gespeist: In viele Länder fließen offensichtlich wieder vermehrt Gelder aus EU-Förderprogrammen etwa im Rahmen der Kohäsionsprogramme.[4] Dies dürfte den plötzlichen Wiederanstieg der Bauinvestitionen ohne Wohnungsbau in einigen Ländern der Region erklären.

---

[3] So müssen Haushalte, die sich ihr erstes Haus kaufen, weniger oder keine Grunderwerbssteuer zahlen.

[4] Neue Genehmigungsregeln hatten im Jahr 2016 zu einem deutlichen Rückgang des Stroms von EU-Geldern in die Länder geführt. Die Abnahme betrug etwa im Fall Ungarns und Tschechiens mehr als ein Prozent relativ zum Brutto-

Der starken Konjunktur entspricht eine sehr gute Arbeitsmarktlage. Die Arbeitslosenquoten fallen weiter, und vielfach kann von Vollbeschäftigung gesprochen werden. Die Löhne reagieren lehrbuchmäßig: Die Lohnkosten in der gewerblichen Wirtschaft steigen rasch, zuletzt (zweites Quartal 2017) mit jährlichen Zuwachsraten von mehr als 10% in Tschechien und Ungarn und reichlich 8% in Polen. Auch die Verbraucherpreise kommen in Bewegung: Lagen die Inflationsraten im Jahr 2016 noch um die null, hat sich die Preisdynamik im Herbst 2017 auf etwa 2% beschleunigt.

Tabelle 4

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa

	Gewicht	Bruttoinlandsprodukt[1]				Verbraucherpreise[2]				Arbeitslosenquote[3]			
	(BIP)	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
	in %	2016	2017	2018	2019	2016	2017	2018	2019	2016	2017	2018	2019
Deutschland	21,2	1,9	2,5	2,2	1,6	0,4	1,7	1,7	1,7	4,1	3,7	3,6	3,6
Frankreich	15,0	1,2	1,8	1,9	1,5	0,3	1,0	1,3	1,5	10,1	9,5	9,1	8,7
Italien	11,3	0,9	1,5	1,6	1,0	-0,1	1,3	1,0	1,5	11,7	11,3	10,8	10,5
Spanien	7,5	3,3	3,1	3,0	2,0	-0,4	1,9	1,4	1,8	19,6	17,2	15,6	14,5
Niederlande	4,7	2,2	3,2	2,9	1,6	0,1	1,5	1,5	2,0	6,0	4,9	4,6	4,6
Belgien	2,8	1,5	1,7	1,7	1,6	1,8	2,1	1,6	1,9	7,8	7,3	7,0	6,8
Österreich	2,4	1,5	2,9	2,7	1,5	1,0	2,1	1,8	1,9	6,0	5,5	5,1	5,0
Irland	1,9	5,1	4,1	3,5	2,4	-0,2	0,5	1,3	1,5	8,4	6,3	5,4	4,5
Finnland	1,5	1,9	3,1	2,4	1,4	0,4	0,8	1,0	1,2	8,8	8,7	8,5	8,2
Portugal	1,2	1,5	2,7	1,8	1,6	0,6	1,4	1,3	1,7	11,2	9,1	8,2	7,5
Griechenland	1,2	-0,2	1,3	1,7	2,2	0,0	1,2	0,9	1,0	23,6	21,3	20,0	18,8
Slowakei	0,5	3,3	3,4	3,3	2,9	-0,5	1,3	1,6	1,8	9,7	7,8	6,9	6,5
Luxemburg	0,4	3,1	2,8	3,7	3,2	0,1	1,8	2,0	2,0	6,3	5,9	5,7	5,7
Slowenien	0,3	3,1	5,1	3,6	3,0	-0,2	1,5	1,7	1,9	8,0	6,6	6,0	5,6
Litauen	0,3	2,3	3,6	3,4	3,2	0,7	3,4	2,8	2,5	7,9	7,2	6,4	5,9
Lettland	0,2	2,1	5,4	4,3	4,0	0,1	2,7	2,8	2,4	9,6	8,7	7,7	7,4
Estland	0,1	2,1	4,3	3,8	3,5	0,8	3,5	3,0	2,5	6,8	5,9	5,5	5,5
Zypern	0,1	3,0	3,5	2,2	2,0	-1,2	0,7	1,4	1,8	13,0	11,0	10,0	9,6
Malta	0,1	5,5	5,6	3,8	3,0	0,9	1,3	1,9	2,0	4,7	3,9	3,5	3,5
Euroraum insgesamt	72,5	1,8	2,4	2,3	1,6	0,2	1,5	1,4	1,7	10,0	9,1	8,5	8,2
Euroraum ohne Deutschland	51,3	1,8	2,3	2,3	1,6	0,2	1,4	1,3	1,6	12,2	11,0	10,3	9,8
Großbritannien	16,0	1,8	1,5	1,4	1,6	0,7	2,7	2,7	2,3	4,8	4,4	4,3	4,4
Schweden	3,1	3,2	2,7	2,6	2,1	1,1	1,9	1,9	1,9	6,9	6,7	6,5	6,3
Polen	2,9	2,9	4,5	3,4	2,8	-0,2	1,6	2,2	2,9	6,2	4,9	4,2	4,0
Dänemark	1,9	2,0	1,9	1,7	1,6	0,0	1,1	1,6	1,9	6,2	5,8	5,4	5,2
Tschechien	1,2	2,6	4,5	3,0	2,6	0,7	2,3	2,4	2,3	4,0	3,0	2,7	2,7
Rumänien	1,1	4,6	7,0	4,2	3,0	-1,1	1,0	3,2	3,4	5,9	5,0	4,7	4,6
Ungarn	0,8	2,2	4,0	3,5	3,3	0,5	2,4	2,6	2,5	5,1	4,2	4,0	3,8
Bulgarien	0,3	3,9	3,7	3,5	2,9	-1,3	1,2	1,8	2,2	7,6	6,2	5,8	5,5
Kroatien	0,3	3,2	3,4	3,1	2,8	-0,6	1,3	1,5	1,7	13,4	11,1	9,5	8,5
MOE-Länder[4]	8,0	3,1	4,7	3,5	2,9	-0,2	1,8	2,4	2,6	6,9	6,1	5,7	5,4
EU 28[5]	100,0	1,9	2,4	2,2	1,7	0,3	1,7	1,7	1,8	8,6	7,7	7,2	6,9

[1] Die Zuwachsraten sind, außer für die Slowakei, um Arbeitstageeffekte bereinigt.
[2] Harmonisierter Verbraucherpreisindex.
[3] Standardisiert.
[4] Mittel- und osteuropäische Länder: Slowakei, Slowenien, Litauen, Lettland, Estland, Polen, Tschechien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, Kroatien.
[5] Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2016 in US-Dollar. Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2016.

Quellen: Eurostat; IWF; ab 2017: Prognose des IWH.

nationaleinkommen. Vgl. auch Arbeitskreis Konjunktur des IWH (2016), Konjunktureffekte der EU-Strukturpolitik in Mittel- und Osteuropa, in Konjunktur aktuell 4/2016, S. 119/120.

Vor diesem Hintergrund wäre eine Straffung der überall expansiven Geldpolitik wohl angezeigt. Bisher hat damit aber nur die Zentralbank Tschechiens begonnen, auch weil die Kreditexpansion in diesem Land besonders stark ist: Im April wurde die Bindung der Krone an den Euro aufgegeben, und die Währung wertete daraufhin auf. Im August und im November hob die Notenbank den Leitzins vorsichtig an, von 0,05% auf 0,5%. Weitere Zinsschritte dürften im kommenden Jahr folgen, und auch in Polen wird die Geldpolitik wohl gestrafft werden.

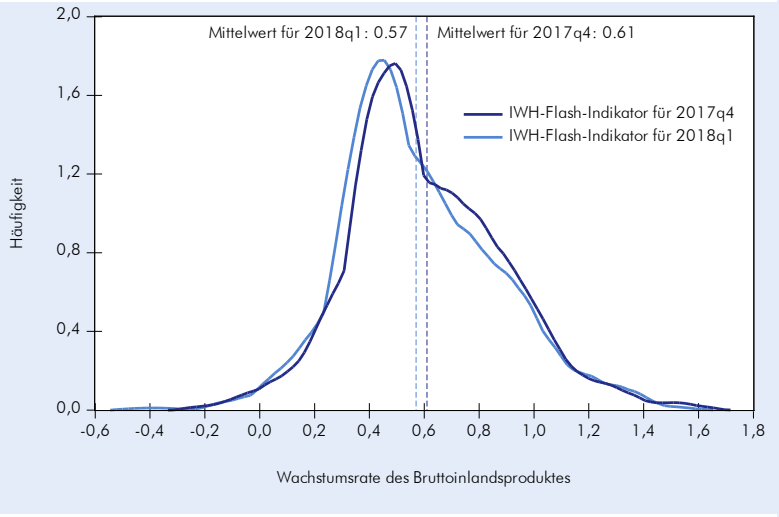
Die Finanzpolitik ist in den großen Ländern dagegen prozyklisch expansiv, wohl auch, weil die steigende Zahl von EU-geförderten Projekten öffentliche Ausgaben nach sich zieht, denn die Staaten haben sich an der Finanzierung zu beteiligen. Jedenfalls bleibt der öffentliche Haushaltssaldo (nach der Herbstprognose der Europäischen Kommission) trotz sehr guter Konjunktur im Jahr 2018 in den größeren Ländern Mitteleuropas unverändert (Polen), oder er verschlechtert sich sogar (Tschechien, Ungarn).

Alles in allem ist für das Jahr 2018 mit einer weiteren kräftigen Produktionsausweitung in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländern der EU um 3,5% zu rechnen, aber auch mit einem starken Anziehen der durchschnittlichen Inflationsrate auf 2,4% (vgl. Tab. 4).

Kapazitätsauslastung der deutschen Wirtschaft steigt

Der nun schon vier Jahre dauernde Aufschwung in Deutschland war im Jahr 2017 überraschend kräftig. Die Produktion lag im dritten Quartal um 2,8% über dem Vorjahreszeitraum. Noch besser als die Produktionsdaten vermuten lassen würden, ist die Stimmung in den Unternehmen: Seit dem Sommer hat der ifo Geschäftsklimaindex Monat um Monat ein neues Rekordniveau erreicht. Der Aufschwung ist breit aufgestellt, aber während die Antriebskräfte im vergangenen Jahr vor allem vom Konsum kamen, hat die deutsche Wirtschaft im Jahr 2017 starke außenwirtschaftliche Impulse erhalten, insbesondere von der Nachfrage nach deutschen Gütern aus dem übrigen Euroraum und aus Asien. Auf die nochmals verbesserten Exportaussichten ist wohl auch zurückzuführen, dass die Ausrüstungsinvestitionen deutlich angezogen haben. Dagegen sind die Bauinvestitionen trotz sehr hoher Auftragsbestände im Sommerhalbjahr kaum mehr gestiegen. Offensichtlich stößt die Bauwirtschaft gegenwärtig an Kapazitätsgrenzen: Arbeitskosten und Preise legen hier mittlerweile um mehr als 3% pro Jahr zu, mit steigender Tendenz.

Abbildung 9
Einzelindikatorprognosen für das Winterhalbjahr 2017/2018
Verteilung nach Wachstumsraten



Quellen: Statistisches Bundesamt; IWH-Flash-Indikator vom 20.11.2017.

Gesamtwirtschaftlich hat sich aber die Preisdynamik im Jahr 2017 nur wenig erhöht. So beträgt die Verbraucherpreisinflation, wird sie um die stark schwankende Energiekomponente bereinigt, zu Ende des Jahres nur etwa 1 ½%. Trotz der noch einmal verbesserten Arbeitsmarktlage sind die Löhne nur wenig stärker gestiegen als in den Jahren zuvor. Ein wichtiger Grund für die Lohnzurückhaltung während der vergangenen Aufschwungsjahre ist sicherlich der starke Rückgang der Energiekosten in den Jahren 2014 bis 2016, welche das Verbraucherpreisniveau drückten. In der Folge führten die nominal moderaten Tariflohnabschlüsse zu recht hohen Reallohnsteigerungen.

Vieles spricht für eine Fortsetzung des Aufschwungs im Jahr 2018. Der IWH-Flash-Indikator signalisiert, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion in den beiden Winterquartalen um jeweils etwa ½% zulegt und damit deutlich schneller als das Produktionspotenzial (vgl. Abb. 9).

In den Indikator geht eine Fülle von einzelnen Frühindikatoren ein, von denen beispielsweise das ifo Geschäftsklima und die hohen Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe auf eine starke Expansion hindeuten. Zwar waren die Einzelhandelsumsätze in Spätsommer und Herbst recht schwach, aber die grundsätzlichen Voraussetzungen dafür, dass die privaten Haushalte ihren Konsum auch im Jahr 2018 kräftig ausweiten, sind nach wie vor vorhanden: Die Beschäftigung expandierte im dritten Quartal 2017 gegenüber dem Vorjahresquartal um 1,8%, das Arbeitsvolumen legte um 1,6% zu. Vor allem deshalb legen die real verfügbaren Einkommen in Deutschland kräftig zu. Weil Frühindikatoren für die Arbeitsnachfrage eine Fortsetzung des kräftigen Beschäftigungsaufbaus signalisieren, dürften die Einkommen und mit ihnen der private Konsum im Jahr 2018 weiter deutlich zulegen (vgl. Tab. 5).

Tabelle 5

Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung[1]

Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal

	2016				2017				2018			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
private Konsumausgaben	0,6	0,2	0,4	0,6	0,8	0,9	–0,1	0,6	0,6	0,4	0,4	0,4
öffentlicher Konsum	1,5	0,7	0,2	0,5	0,2	0,2	0,0	0,6	0,3	0,3	0,4	0,4
Ausrüstungen	0,4	–1,8	0,7	–1,3	2,3	3,3	1,5	1,2	1,2	1,2	1,0	1,0
Bauten	2,0	–1,8	0,2	1,0	3,5	0,5	–0,4	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6
sonstige Anlagen	1,0	1,3	0,9	–0,4	2,0	0,9	0,6	0,9	0,9	0,8	0,8	0,7
Vorratsinvestitionen[2]	0,0	–0,2	0,4	0,3	–0,8	0,2	0,4	–0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
inländische Verwendung	0,9	–0,2	0,8	0,8	0,3	1,2	0,4	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5
Außenbeitrag[2]	–0,2	0,7	–0,4	–0,4	0,6	–0,4	0,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Exporte	1,0	1,3	–0,2	1,3	1,7	1,0	1,7	1,6	1,6	1,6	1,5	1,5
Importe	1,7	–0,2	0,7	2,5	0,4	2,4	0,9	1,9	1,8	1,8	1,8	1,7
Bruttoinlandsprodukt	0,6	0,5	0,3	0,4	0,9	0,6	0,8	0,5	0,6	0,5	0,5	0,4

[1] Saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte; in Vorjahrespreisen. – [2] Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 4. Quartal 2017: Prognose des IWH.

Für eine recht starke Investitionsdynamik spricht, dass der Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten hoch und bis zuletzt gestiegen ist. Die Finanzierungsbedingungen werden in Deutschland wohl weiter sehr günstig bleiben, denn die EZB führt den Expansionsgrad ihrer Geldpolitik nur langsam zurück. Die Finanzpolitik verfügt aufgrund der nicht nur konjunkturbedingt günstigen Haushaltslage über erhebliche Gestaltungsspielräume. Weil aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt kein finanzpolitisches Regierungsprogramm absehbar ist, gehen nur schon beschlossene diskretionäre Maßnahmen in die vorliegende Prognose ein. Auf dieser Grundlage ist die Finanzpolitik im Jahr 2018 leicht expansiv ausgerichtet, vor allem wegen verschiedener Maßnahmen, welche die Steuer- und Abgabenbelastung der privaten Haushalte und Unternehmen verringern.

Auch die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind günstig: Zum Jahresende deutet sich kaum eine Abschwächung der in den wichtigsten Regionen der Weltwirtschaft recht guten Konjunktur an. Dieser Faktor fällt für die deutschen Exportaussichten deutlich stärker ins Gewicht als der Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit durch die Euroaufwertung Mitte des Jahres 2017. Im Jahr 2018 dürften die Ausfuhren ähnlich stark expandieren wie die Importe, welche infolge der hohen Ausrüstungsinvestitionen kräftiger zulegen als im Jahr 2017 (vgl. Tab. 6).

Tabelle 6
Beiträge der Verwendungskomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts[a]
in Prozentpunkten

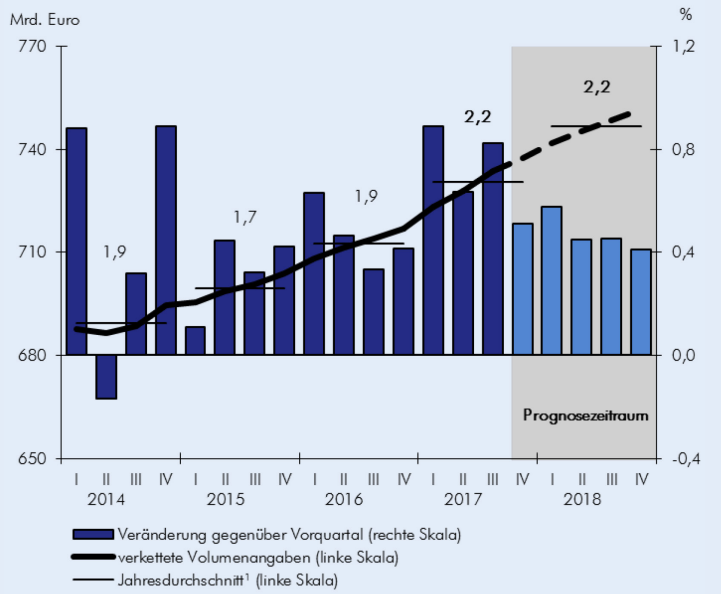
	2016	2017	2018	2019
Konsumausgaben	1,8	1,4	1,3	1,1
private Konsumausgaben	1,1	1,1	1,1	0,8
Konsumausgaben des Staates	0,7	0,2	0,3	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	0,6	0,8	0,7	0,5
Ausrüstungen	0,1	0,3	0,3	0,2
Bauten	0,3	0,3	0,2	0,2
sonstige Anlagen	0,2	0,1	0,1	0,1
Vorratsveränderung	–0,2	0,0	0,0	0,0
inländische Verwendung	2,2	2,1	2,1	1,6
Außenbeitrag	–0,3	0,1	0,1	0,0
Exporte	1,2	2,0	2,9	2,3
Importe	–1,5	–1,9	–2,8	–2,3
Bruttoinlandsprodukt	1,9	2,2	2,2	1,6

[a] Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2017 bis 2019: Prognose des IWH.

Alles in allem steigt nach vorliegender Prognose das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland in den Jahren 2017 und 2018 um jeweils 2,2% (vgl. Abb. 10 und Abb. 11).[5]. Dies impliziert eine leichte Verlangsamung der Konjunktur, denn im Jahr 2017 fielen deutlich weniger Arbeitstage an als im Vorjahr, und die um diesen Kalendereffekt bereinigte Rate ist 2,5% (vgl. Tab. 7). Die Produktion expandiert aber auch im Jahr 2018 noch schneller als das Produktionspotenzial (vgl. Kasten 1). Die Kapazitätsauslastung der Wirtschaft steigt also weiter. Löhne und heimische Preise ziehen deshalb etwas stärker an. Weil sich die deutliche Verteuerung der Energiepreise im Jahr 2018 jedoch nicht fortsetzt, ist die Verbraucherpreisinflation mit 1,7% in beiden Jahren gleich hoch.

Abbildung 10
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2017: Prognose des IWH.

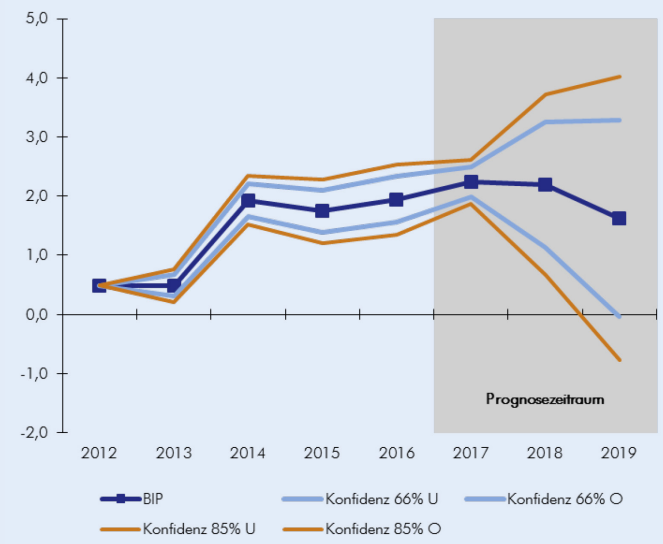
Im Jahr 2019 wird sich beim Exportabsatz wohl allmählich bemerkbar machen, dass die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wegen deutlich steigender Lohnstückkosten langsam sinkt. Die internationale Nachfrage nach deutschen Gütern dürfte aber auch wegen einer Verlangsamung des weltwirtschaftlichen Expansionstempos an Dynamik verlieren.

5 Für das Jahr 2017 reicht das 68%-Prognoseintervall für den Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes von 1,9% bis 2,5% und für das Jahr 2018 von 1,1% bis 3,2%. Das 68%-Prognoseintervall überlagert die tatsächliche Wachstumsrate mit einer Wahrscheinlichkeit von 68% – sofern das Basisszenario zutreffend ist. Zur Berechnung werden die Prognosefehler des IWH aus der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d. h. die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken ist höher als hier angegeben. Darüber hinaus dürfte das Bruttoinlandsprodukt für die Vergangenheit ebenso in den kommenden Jahren revidiert werden, wie Abbildung Prognoseintervall für die Jahre 2013-2016 zeigt. Zur Methode des Backcasting, vgl. Arbeitskreis Konjunktur des IWH, Binnenwirtschaft trägt Konjunktur in Deutschland, in IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 20 (1), 2014, 18-19.

Abbildung 11

Prognoseunsicherheit[1]

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



[1] Zur Berechnung werden die Prognosefehler der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d. h. die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken ist höher als hier angegeben.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Was die Binnennachfrage betrifft, so ist der Arbeitsmarkt im Jahr 2019 wohl so weit ausgeschöpft, dass sich der Aufbau von Beschäftigung deutlich verlangsamt und deshalb Einkommen und Konsum weniger stark expandieren. Schließlich dürfte der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften immer häufiger ein Grund dafür sein, Erweiterungsinvestitionen zu unterlassen. Schließlich regen die Finanzierungsbedingungen die Binnennachfrage nicht mehr so stark an wie zuvor. Für das Jahr 2019 beinhaltet die Prognose eine Zuwachsrate der Produktion von 1,6%.

Diese sehr günstige Prognose der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland ist vor allem mit drei Risiken verbunden: Zunächst ist nicht bekannt, welche Richtung die deutsche Wirtschaftspolitik in den nächsten Jahren nehmen wird, solange es keine neue Regierung gibt. Eine deutlich expansivere Finanzpolitik als hier unterstellt ist gut denkbar, aber keineswegs gesichert. Aufgrund der bereits hohen Kapazitätsauslastung brächten zusätzliche expansive finanzpolitische Impulse wohl deutliche Preiseffekte mit sich, vor allem im Bausektor. Ein anderes Risiko wurde im internationalen Teil der vorliegenden Prognose bereits etwas näher erläutert: An den internationalen Finanzmärkten könnte es zu einer Revision der gegenwärtig sehr optimistischen Bewertung vieler Vermögenstitel kommen. In dem Fall würde sich das außenwirtschaftliche Umfeld rasch verschlechtern. Schließlich birgt die günstige Konjunktur in Deutschland ihre eigene Risiken: Steigt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage auch im Jahr 2018 so kräftig wie zuletzt, so ist es denkbar, dass die Produktionskapazitäten in einigen Wirtschaftszweigen nicht mehr ausreichen, und dass Preissteigerungen mehr und mehr an die Stelle der realen Produktionsausweitung treten. Eine solche Entwicklung scheint sich im Bausektor schon abzuzeichnen.

Tabelle 7

Statistische Komponenten der BIP-Wachstumsrate

in % bzw. Prozentpunkten

	2016	2017	2018	2019
statistischer Überhang[a]	0,6	0,6	1,0	0,6
Jahresverlaufsrate[b]	1,9	2,9	1,9	1,6
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	1,9	2,5	2,2	1,7
Kalendereffekt[c]	0,1	-0,3	0,0	0,0
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderjährlich[d]	1,9	2,2	2,2	1,6

[a] Saison- und kalenderbereinigtes reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – [b] Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. – [c] In % des realen BIP. – [d] Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; 2017 bis 2019: Prognose des IWH.

Kasten 1:

Zur Schätzung des Produktionspotenzials

Das IWH wendet zur Bestimmung des Produktionspotenzials die Methode an, die auch von der EU-Kommission im Rahmen der regelmäßigen Haushaltsüberwachung angewendet wird.[K1] Auf Grundlage der Schätzung des potenziellen Arbeitsvolumens, des Kapitalstocks und des trendmäßigen Verlaufs der Produktivität ergibt sich für den Zeitraum von 2016 bis 2022 zusammengefasst ein jahresdurchschnittlicher Zuwachs des Produktionspotenzials von 1,6% (vgl. Tab. K1).

Tabelle K1:

Produktionspotenzial und seine Determinanten nach EU-Methode

Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent[a]

	1995-2016[b]		1995-2016		2016-2022	
Produktionspotenzial	1,4		1,4		1,6	
Kapitalstock	1,6	(0,6)	1,6	(0,6)	1,4	(0,5)
Solow-Residuum	0,7	(0,7)	0,8	(0,8)	0,8	(0,8)
Arbeitsvolumen	0,1	(0,1)	0,1	(0,1)	0,5	(0,3)
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	0,0		0,0		0,0	
Partizipationsquote	0,5		0,5		0,5	
Erwerbsquote	0,2		0,2		0,1	
Durchschnittliche Arbeitszeit	–0,6		–0,5		–0,1	
Nachrichtlich:						
Arbeitsproduktivität	1,3		1,3		1,1	

[a] Differenzen in den aggregierten Werten ergeben sich durch Rundung. In Klammern: Wachstumsbeiträge. – [b] Tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Determinanten.

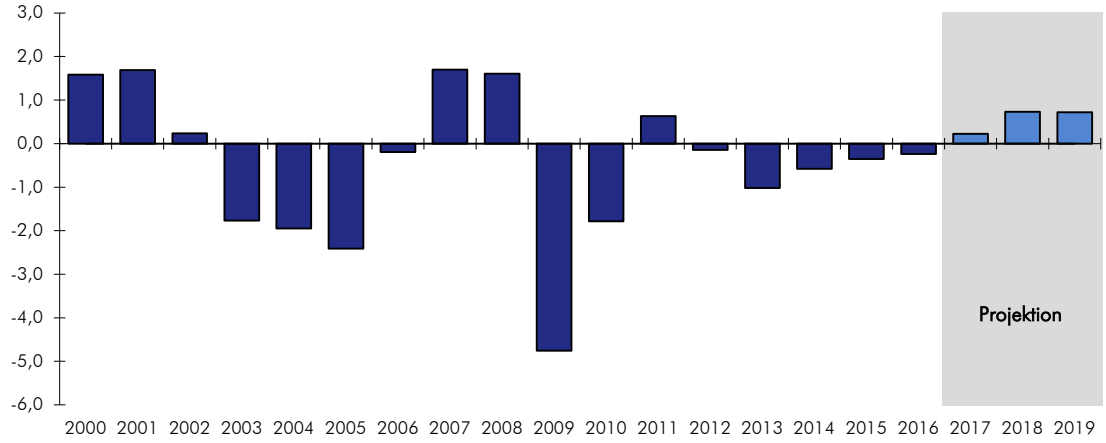
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Die jährliche Zuwachsrate des potenziellen Arbeitsvolumens wird im Laufe des Projektionszeitraums von 0,9% im Jahr 2017 auf 0,2% im Jahr 2022 deutlich abnehmen. Dieser Schätzung liegen folgende Projektionen zu Grunde: Unter der Annahme rückläufiger Fluchtmigration und einer sich abschwächenden Zuwanderung aus dem EU-Ausland wird mit einer Verringerung des Wanderungssaldos von 580.000 Personen im Jahr 2016 auf 200.000 Personen im Jahr 2022 gerechnet. Aufgrund der gesamtdemografischen Entwicklung dürfte die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-74 Jahre) dennoch von aktuell knapp 62,4 Mio. auf 62,2 Mio. Personen im Jahr 2022 zurückgehen. Die trendmäßige gesamtwirtschaftliche Partizipationsquote wird unter der Annahme einer weiter zunehmenden Erwerbsbeteiligung insbesondere älterer Frauen und einer steigenden Erwerbsbeteiligung von Geflüchteten von durchschnittlich 73,7% im Jahr 2017 auf 75,3% im Jahr 2022 weiter steigen. Schließlich wird der Rückgang der strukturellen Erwerbslosenquote (NAWRU nach Methode der EU-Kommission) und der damit verbundene positive Beitrag zum Arbeitsvolumen im Laufe des Projektionszeitraums abnehmen. Ausgehend von einer Verfestigung der positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt in der kurzen Frist, wird ein Rückgang der strukturellen Erwerbslosenquote von 3,6 % im Jahre 2017 auf 3,3% im Jahr 2022 geschätzt.

Das jährliche Trendwachstum der Produktivität wird im Projektionszeitraum durchschnittlich 0,8 % betragen. Der Kapitalstock dürfte im gleichen Zeitraum um durchschnittlich 1,4% pro Jahr ausgeweitet werden.

K1 In der Herbstprognose des IWH vom September 2017 ist eine modifizierte Version der EU-Methode (MODEM) angewendet worden, um die Auswirkungen der Fluchtmigration auf das Potenzial adäquat abzubilden (vgl. Arbeitskreis Konjunktur des IWH (2017), Zur Schätzung des Produktionspotenzials und des Auslastungsgrads der deutschen Wirtschaft, in Konjunktur aktuell 4/2017, S. 76/77). Darüber hinaus wich die Schätzung im Detail von der Vorgehensweise der EU-Kommission ab. Aus zwei Gründen wird nunmehr ausschließlich die Potenzialschätzung nach der Methode der EU-Kommission dokumentiert: Zum einen berücksichtigt nun auch die EU-Kommission die Arbeitsmarktintegration der Geflüchteten in Deutschland. Zum anderen ist die Methode der EU-Kommission die maßgebliche Basis für die Bestimmung und Diskussion der strukturellen Komponente des staatlichen Finanzierungssaldos.

Abbildung K1:
Produktionslücke
In Relation zum Produktionspotenzial in %



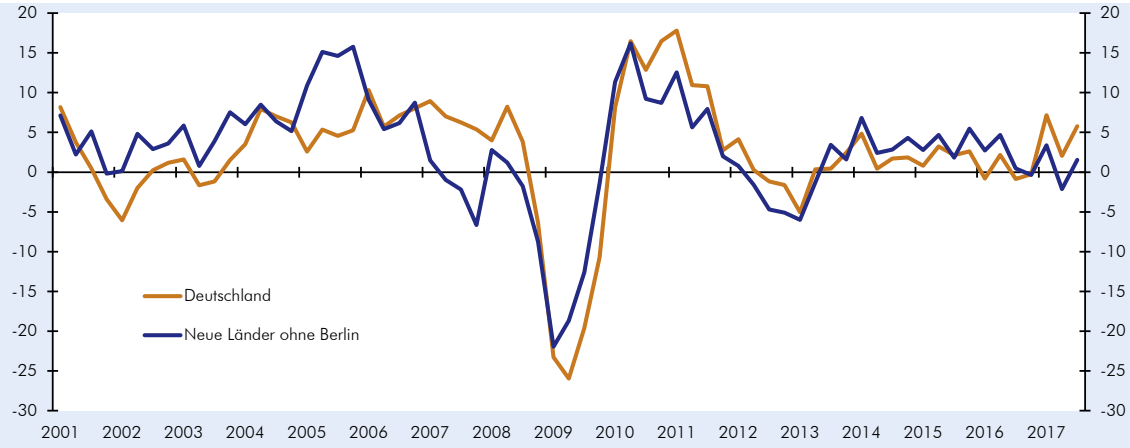
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen, Projektionen und Darstellung des IWH.

Die Produktionslücke steigt in den Jahren 2017 und 2018 von 0,2% auf 0,7% an. Im Jahr 2019 dürfte sich die Überauslastung nur geringfügig abschwächen. (vgl. Abb. K1).

Produktion in Ostdeutschland expandiert wieder langsamer als im Westen Deutschlands

Auch die Wirtschaft Ostdeutschlands ist im Aufschwung. In den Jahren 2014 bis 2016 expandierte die Produktion im Osten sogar etwas schneller als im Westen.[6] Im Jahr 2017 ist sie aber wohl etwas zurückgefallen. Nach vorläufigen Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder lag das Bruttoinlandsprodukt in Westdeutschland im ersten Halbjahr um 2,1% über dem Vorjahreswert, in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) nur um 1,3%, nicht zuletzt wegen einer besonders starken ostdeutschen Produktion im ersten Halbjahr 2016. Auch die Produktion in den beiden ostdeutschen Wachstumszentren der vergangenen Jahre, in Berlin und Sachsen, legte langsamer zu als im Westen.

Abbildung 12
Umsatzindex im Verarbeitenden Gewerbe
Veränderung gegenüber Vorjahresquartal in %

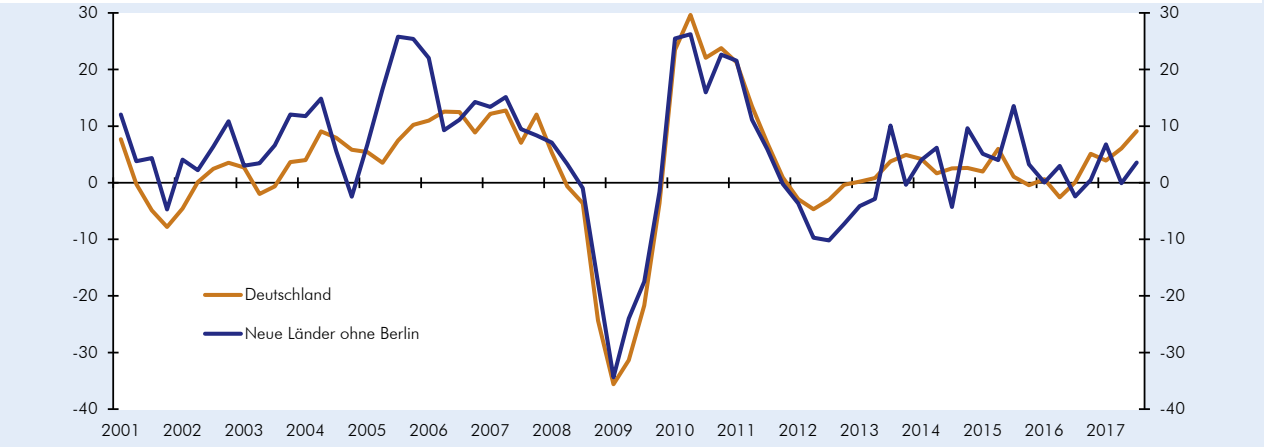


Quelle: Statistisches Bundesamt.

6 Vgl. Altemeyer-Bartscher, M., Heimpold, G., Holtemöller, O., Lindner, A., Titze, M. (2017), Ostdeutsche Wirtschaft: Rückstand bleibt trotz kräftigem Aufschwung groß, Finanzausgleich fließt auch nach Reform vor allem in den Osten, in Konjunktur aktuell 2/2017, 58-68.

Unterjährige Frühindikatoren, welche bis zum dritten Quartal 2017 vorliegen, deuten darauf hin, dass insbesondere das Verarbeitende Gewerbe in Ostdeutschland im Jahr 2017 langsamer expandiert hat als in Gesamtdeutschland. Das gilt sowohl für die Umsätze als auch für die Auftragseingänge (vgl. Abb. 12 und 13).

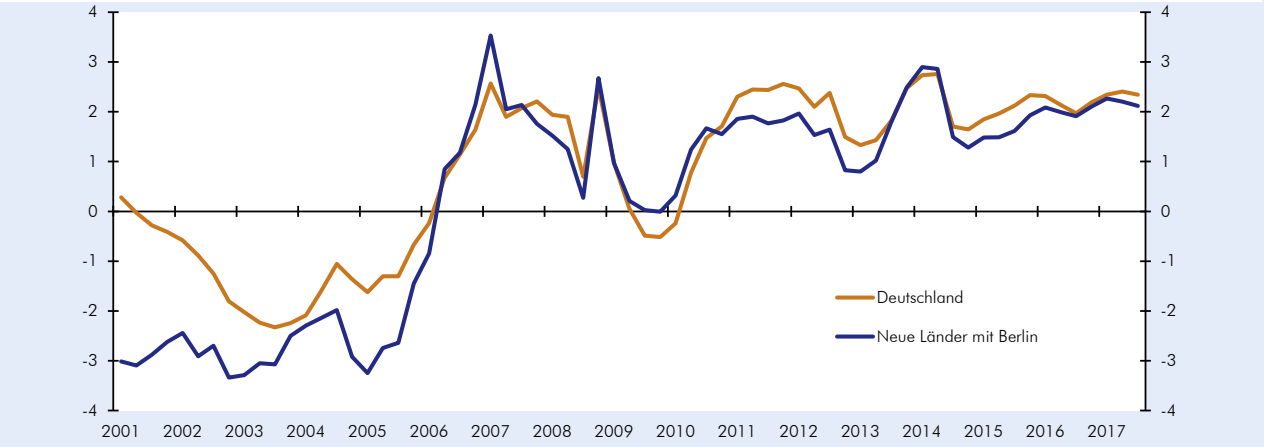
Abbildung 13
Auftragseingangsindex im Verarbeitenden Gewerbe
Veränderung gegenüber Vorjahresquartal in %



Quelle: Statistisches Bundesamt.

Es ist zu vermuten, dass die kräftige Expansion der Auslandsnachfrage den besonders exportorientierten Produzenten im Westen mehr zugute gekommen ist als dem ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe. Dass die Konjunktur aber auch im Osten gut ist, darauf deutet die Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in den ersten drei Quartalen des Jahres hin (vgl. Abb. 14). Die Jahresrate ist mit über 2% trotz der deutlich schwächeren demographischen Voraussetzungen fast so hoch wie in Gesamtdeutschland. Alles in allem dürfte die Produktion in Ostdeutschland im Jahr 2017 um 2,1% und im Jahr 2018 um 2,0% expandieren, also mit Raten, die jeweils etwas unter denen für Gesamtdeutschland liegen.[7] Die Arbeitslosenquote sinkt weiter deutlich. Sie dürfte im Jahresdurchschnitt 2017 bei 7,6% und in 2018 bei 7,1% liegen.

Abbildung 14
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
Veränderung gegenüber Vorjahresquartal in %



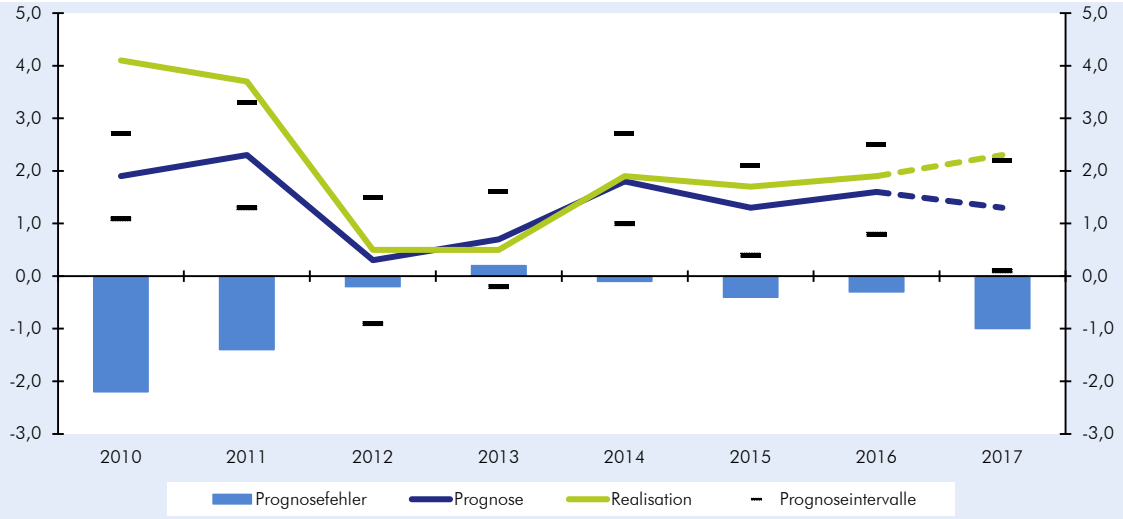
Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

[7] Zur dieser Prognose zugrunde liegenden Methode vgl. Arbeitskreis Konjunktur des IWH (2017), Das IWH-Prognosemodell für das Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland zur Schätzung des Produktionspotenzials, in Konjunktur aktuell 4/2017, S. 81.

Analyse des Prognosefehlers für das Jahr 2017

Im Jahr 2017 dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion in Deutschland mit 2,2% (und ohne arbeitstägliche Bereinigung sogar 2,5%) sehr kräftig zugelegt haben. In der Prognose des IWH vom 14. Dezember 2016 wurde für das Jahr 2017 nur eine Zuwachsrate von 1,3% prognostiziert. Der aus heutiger Sicht zu erwartende Prognosefehler ist relativ zu denen der IWH-Prognosen früherer Jahre recht groß (vgl. Abb. 15): Die hier prognostizierte BIP-Zuwachsrate liegt auf dem oberen Rand des 66-%-Prognoseintervalls von vor einem Jahr. Eine genauere Analyse der Ursachen für die Unterschätzung der konjunkturellen Dynamik ist also geboten.

Abbildung 15
Prognosefehler des IWH für das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im kommenden Jahr
Prognosen vom Dezember des Vorjahres, Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Ein kleiner Teil des Fehlers (0,1 Prozentpunkte) ist darauf zurückzuführen, dass die Produktion im dritten Quartal 2016 nach Veröffentlichung der Prognose im Dezember 2016 von der amtlichen Statistik hochrevidiert wurde. Daraus ergab sich bereits ein etwas höherer Startwert für das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2017. Der Großteil des Fehlers geht zu etwa gleichen Teilen auf eine Unterschätzung der inländischen Verwendung (am Expansionsbeitrag gemessen um 0,6 Prozentpunkte) und der Exporte (0,7 Prozentpunkte) zurück. Weil beide Verwendungen Importe nach sich ziehen, wurden auch die Einfuhren unterschätzt. Dies mindert den Prognosefehler für das Bruttoinlandsprodukt rein rechnerisch um 0,3 Prozentpunkte.

Was die inländische Verwendung betrifft, wurde der Staatskonsum sogar deutlich zu hoch prognostiziert (um 0,3 Prozentpunkte gemessen am Expansionsbeitrag). Jeweils um 0,4 Prozentpunkte unterschätzt wurden die privaten Konsumausgaben und die Bruttoanlageinvestitionen, bei letzteren geht der Fehler zu gleichen Teilen auf Ausrüstungen und Bauten (je 0,2 Prozentpunkte) zurück.

Zur Unterschätzung der Exporte ist anzumerken, dass die für ihre Bestimmung wesentliche Prognose der Expansion des wechselkursgewichteten Bruttoinlandsprodukts der Welt im Jahr 2017 mit 2,9% (nach 2,5% im Jahr 2016) nicht allzu deutlich von der hier vorliegenden Prognose von 3,2% abweicht. Allerdings wurde für den Zuwachs des Welthandels, auch wegen dessen Stagnation bis zum Herbst 2016, eine Zuwachsrate von nur 2% vorhergesagt; in der vorliegenden Veröffentlichung ist die Prognose mit 4,2% mehr als doppelt zu hoch.

Alles in allem gibt es kein Verwendungsaggregat, auf das der Prognosefehler wesentlich zurückgeführt werden kann. Stattdessen wurde die allgemeine Grunddynamik des Aufschwungs deutlich unterschätzt. Dabei spielte auch eine Rolle, dass die amtliche Statistik Ende 2016 für die ersten Quartale des Jahres eine stark nachlassende Beschäftigungsdynamik auswies. Dem lag aber ein Datenfehler zugrunde. Heute wissen wir, dass die Beschäftigung in diesem Zeitraum sogar besonders deutlich zulegte.

Rahmenbedingungen für die Prognose

Der hier vorgelegten Prognose liegen folgende Rahmenbedingungen zugrunde: Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar liegt bis zum Ende des Prognosezeitraums bei 1,17 US-Dollar/Euro. Die deutsche Wirtschaft dürfte leicht an preislicher Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Der Welthandel (Güter) dürfte im Jahr 2017 um 4,4% gestiegen sein. Im Jahr 2018 steigt er nach vorliegender Prognose um 3,8% und im Jahr 2019 um 3,3%. Ferner wird davon ausgegangen, dass der Hauptrefinanzierungssatz der EZB in der zweiten Jahreshälfte 2019 erstmals auf 0,25% angehoben wird. Der Preis für Erdöl der Sorte Brent liegt im Durchschnitt des Jahres 2017 bei 54 US-Dollar je Barrel, im Jahr darauf bei 62 US-Dollar, und im Jahr 2019 bei 65 US-Dollar.

Monetäre Rahmenbedingungen: Niedrige Zinsen insbesondere in Deutschland

Der deutsche Staat zahlt mit rund 0,3% (10-jährige Staatstitel) immer noch die niedrigsten Zinsen in Europa. Die meisten anderen Euroländer zahlen zwischen 1% und 2% Zinsen auf ihre Staatstitel mit 10-jähriger Laufzeit, während Griechenland trotz deutlichem Rückgang noch rund 6% bezahlt. Auch deutsche Konsumenten, Firmen und Immobilienkäufer zahlen weiterhin 0,5 Prozentpunkte weniger Zinsen als der europäische Durchschnitt, die einzige Ausnahme bilden Bestandskredite mit langer Laufzeit (5 Jahre und länger). Trotz des sehr günstigen Zinsumfelds und steigender nominaler Kreditvolumina ging dabei aufgrund der starken Konjunktur allerdings das Kreditvolumen im Jahr 2017 in Relation zum BIP sogar leicht von 49,5% (29,8%) auf rund 48,5% (29%) für Haushaltskredite (Unternehmenskredite) zurück. Eine Kreditblase lässt sich also nicht erkennen. Die Zahlen des Bank Lending Survey (BLS) deuten an, dass die Kreditvergabe im Euroraum und in Deutschland weiter zunehmen wird. Insbesondere für Hausbaukredite in Deutschland erwarten die Banken in den kommenden Monaten eine stark steigende Nachfrage. Insgesamt bleiben die monetären Rahmenbedingungen insbesondere in Deutschland sehr günstig und dürften die Konjunktur weiter beleben.

Nachlassende Impulse von der Finanzpolitik

Im Jahr 2018 ist die Finanzpolitik, sofern die derzeit beschlossenen diskretionären Maßnahmen zugrunde gelegt werden, nur noch leicht expansiv ausgerichtet. Bei den Steuern wirken, neben dem Alterseinkünftegesetz, vor allem die weitere Anhebung von Grund- und Kinderfreibetrag sowie die nochmalige Verschiebung der Tarifeckwerte bei der Einkommensteuer entlastend. Stimulierend wirken zudem die Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung auf 18,6%, die nochmalige Absenkung der Insolvenzgeldumlage sowie, bei den privaten Haushalten, die Verringerung des Zusatzbeitrags in der gesetzlichen Krankenversicherung auf durchschnittlich 1,0%, die weitere Anhebung des Kindergeldes sowie diverse rentenpolitische Maßnahmen. Schließlich dürften von zusätzlichen investiven Maßnahmen des Staates, etwa im Rahmen des Kommunalinvestitionsfonds oder der Förderung der Elektromobilität auf kommunaler Ebene, Impulse ausgehen. Dämpfend wirken hingegen das Auslaufen von Altkapitalerstattungen bei Körperschaften sowie die Ausweitung der LKW-Maut auf alle Bundesstraßen zum 1. Juli 2018 (vgl. Tab. 8). Alles in allem beläuft sich der durch die bereits beschlossenen finanzpolitischen Maßnahmen ausgelöste Impuls im Jahr 2018 auf 0,2% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Im Jahr 2019 schwenkt die Finanzpolitik, nach der derzeit geltenden Gesetzeslage, auf einen nahezu konjunkturneutralen Kurs ein. Zwar regen auch im Jahr 2019 steuerliche Entlastungen, vor allem bei der Einkommensteuer, die Nachfrage an[8], und auch die Maßnahmen im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung und der betrieblichen Altersvorsorge liefern erneut leichte Impulse. Dagegen wirken andere Maßnahmen, etwa die Ausweitung der LKW-Maut oder das Auslaufen der Beseitigung von Flutschäden, nachfragedämpfend. Aufgrund der guten Finanzlage des Staates ist allerdings davon auszugehen, dass eine neue Bundesregierung weitere expansive finanzpolitische Maßnahmen beschließen wird, in deren Folge die Finanzpolitik insbesondere ab dem Jahr 2019 expansiver ausgerichtet sein dürfte als in dieser Prognose unterstellt.

[8] In dieser Prognose ist unterstellt, dass auch zum 1. Januar 2019 eine Anhebung des Grund- und des Kinderfreibetrags bei der Einkommensteuer erfolgt.

Tabelle 8

Änderung von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen[1]

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (–), in Mrd. Euro gegenüber Vorjahr

	2017	2018	2019
Alterseinkünftegesetz	–1,2	–1,3	–1,4
Erhöhung des Kindergeldes sowie des Grund- und Kinderfreibetrags 2017 und 2018, Verschiebung der Eckwerte beim Einkommensteuertarif	–2,1	–3,4	–0,8
Erhöhung des Grund- und Kinderfreibetrags bei der Einkommensteuer zum 1. Januar 2019			–1,9
Wegfall der Kernbrennstoffsteuer	–0,4	0,0	0,0
Weiterentwicklung der steuerlichen Verlustverrechnung bei Körperschaften	–0,4	–0,2	0,1
Wegfall von Altkapitalerstattungen		2,3	0,0
Gesetz gegen schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit Rechteüberlassungen		–0,4	–1,3
Sonstige steuerliche Maßnahmen[2]	–0,6	0,1	0,2
LKW-Maut auf allen Bundesstraßen		0,8	1,2
Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 1. Januar 2017 um 0,2 Prozentpunkte auf 2,55%	2,5	0,1	0,1
Senkung des Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung zum 1. Januar 2018 um 0,1 Prozentpunkt auf durchschnittlich 1,0%		–1,2	–0,1
Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung zum 1. Januar 2018 um 0,1 Prozentpunkt auf 18,6%		–1,2	–0,1
Senkung der Insolvenzgeldumlage zum 1. Januar 2017 und zum 1. Januar 2018 um jeweils 0,03 Prozentpunkte	–0,3	–0,3	0,0
Bundesteilhabegesetz	–0,2	–0,3	0,0
Zweites Pflegestärkungsgesetz	–4,5	0,7	0,0
Rentenpolitische Maßnahmen[3]	0,0	–0,5	–0,4
Reform der Strukturen der Krankenhausversorgung	–0,8	0,6	0,1
Integrationsgesetz	–0,2	0,2	0,0
Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes	–0,4	0,0	0,0
Stärkung der beruflichen Weiterbildung und des Versicherungsschutzes in der Arbeitslosenversicherung	–0,1	–0,1	–0,1
zusätzliche investive Maßnahmen[4]	–2,0	–2,0	–1,5
Förderung des Breitbandausbaus durch den Bund	–0,3	0,0	0,0
Investitionsprogramm zur Mikroelektronik	–0,1	–0,2	0,0
Investitionspakt für sozialen Zusammenhalt	–0,2	–0,1	0,0
Mobilitätsfonds	0,0	–0,7	0,6
Förderung des sozialen Wohnungsbaus durch den Bund	–0,3	0,0	0,0
Auslaufen der Fluthilfemaßnahmen	1,1	0,4	0,2
Insgesamt (Mrd. Euro gegenüber Vorjahr)[5]	–10,5	–6,7	–5,0
insgesamt gegenüber Vorjahr (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %)	–0,3	–0,2	–0,1

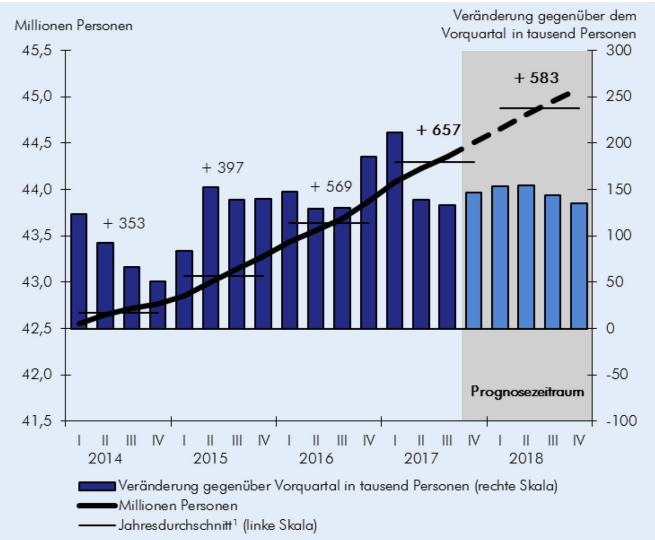
[1] Ohne makroökonomische Rückwirkungen; ohne Berücksichtigung der Stützungsmaßnahmen für Finanzinstitute und Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU). – [2] Reform der Investmentbesteuerung, Änderung des Einkommensteuergesetzes im Rahmen der Hilfen für Milchbauern, Anpassung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts vom 4. November 2016, Überarbeitung des BMF-Schreibens vom 10. Januar 2014 zur Steuerermäßigung bei Aufwendungen für haushaltsnahe Beschäftigungsverhältnisse und für die Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen, Umsetzung des EuGH-Urteils vom 15. September 2016 zum Zeitpunkt des Vorsteuerabzugs bei Berichtigung einer Rechnung. – [3] Anpassung des aktuellen Rentenwerts in Ostdeutschland, Verbesserungen für Erwerbsgeminderte, Stärkung der Betriebsrenten, Flexirente. – [4] investive Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag sowie zusätzliche Investitionen im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsfonds und des Investitionspakets über 10 Mrd. Euro, zusätzliche Mittel für den Ausbau der Kindertagesbetreuung, zusätzliche Ausgaben für die innere und äußere Sicherheit. – [5] Differenzen durch Rundungsfehler.

Quellen: Bundesregierung; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Beschäftigungsaufbau nach wie vor kräftig

Infolge der starken Zunahme der Produktion hat sich im Jahr 2017 die Lage auf dem Arbeitsmarkt erneut verbessert. Die Beschäftigung nahm bis zuletzt sehr kräftig zu. So lag im dritten Quartal des Jahres 2017 die Zahl der Erwerbstätigen um 133 000 Personen bzw. 0,3% über dem Stand im Vorquartal (vgl. Abb. 16). Mit der gleichen Zuwachsrate stieg das Arbeitsvolumen. Die Beschäftigung nahm – mit Ausnahme bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistern – in allen Wirtschaftsbereichen zu, wobei die stärksten Zuwächse in den Bereichen Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, Unternehmensdienstleister sowie Handel, Verkehr und Gastgewerbe zu verzeichnen waren.

Abbildung 16
Erwerbstätige
Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf



[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2017: Prognose des IWH.

Getragen wurde der Beschäftigungsaufbau von der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, die um 176 000 Personen bzw. 0,5% zunahm. Davon waren reichlich die Hälfte Vollzeitstellen. Die Zahl der Personen, die ausschließlich einen Minijob haben, ging erneut zurück. Gegenüber dem Vorjahresquartal gab es 57 000 Personen bzw. 1,2% weniger ausschließlich geringfügig Beschäftigte. Hingegen stieg erneut die Zahl der Beschäftigten mit einem Minijob als Nebentätigkeit um 128 000 Personen bzw. 4,9%.[9] Bei der selbstständigen Beschäftigung hat sich der seit dem Jahr 2012 zu beobachtende Rückgang fortgesetzt. Dies dürfte durch die anhaltend günstige Arbeitsmarktlage bedingt sein, die vor allem für Solo-Selbstständige[10] die Chancen auf eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung erhöht hat.[11] Der Anteil von Personen aus den acht wichtigsten Flüchtlingsländern an der Beschäftigung[12] insgesamt beträgt 0,6% (vgl. Kasten 2).

Infolge des anhaltend kräftigten Beschäftigungsaufbaus zeigen sich in einzelnen Segmenten zunehmend Knappheiten von Arbeitskräften.[13] Dies zeigt sich beispielsweise bei zunehmenden Rekrutierungsproblemen von qualifiziertem Personal. So nimmt die durchschnittliche Dauer bis zur Stellenbesetzung zu. Auch sichern sich die Unternehmen ihr Fachpersonal, was am deutlich gesunkenen Risiko, arbeitslos zu werden,[14] sichtbar wird.

---

9 Vgl. hierzu auch: Klinger, S., Weber, E., Zweitbeschäftigungen in Deutschland: Immer mehr Menschen haben einen Nebenjob, in IAB-Kurzbericht; 22/2017.

10 Unter Solo-Selbstständige werden Selbstständige ohne weitere Mitarbeiter verstanden. Im Jahr 2016 waren 5,1% aller Erwerbstätigen zwischen 15 und 64 Jahren Solo-Selbstständige. Vgl. hierzu Statistisches Bundesamt, Qualität der Arbeit, 2017, S. 46 und Statistisches Bundesamt, Beschäftigungssicherheit und Sozialleistungen.

11 Vgl. Fuchs, J., Hummel, M., Hutter, C., Klinger, S., Wanger, S., Weber, E., Zika, G., IAB-Prognose für 2017/2018, Arbeitsvolumen so hoch wie nie, in IAB-Kurzbericht, Jg. 97 (21), 2017, S. 5.

12 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie ausschließlich geringfügig Beschäftigte.

13 Vgl. Fuchs, J., et al., 4.; siehe auch Bundesagentur für Arbeit. Berichte: Blickpunkt Arbeitsmarkt– Fachkräfteengpassanalyse, Nürnberg, Juni 2017.

14 Gemessen wird dies am sogenannten Zugangsrisiko. Dies gibt das Risiko an, aus Beschäftigung heraus im nächsten Monat arbeitslos zu werden. Es bezieht die Arbeitslosmeldungen von zuvor sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (einschließlich Auszubildender) auf den Beschäftigungsbestand des jeweiligen Vormonats. Danach meldeten sich im gleitenden Jahreszeitraum September 2016 bis Oktober 2017 – jüngere Daten liegen nicht vor – monatsdurchschnittlich 0,69% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeitslos. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres betrug das Zugangsrisiko 0,72%. Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Der Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, November 2017, Nürnberg 2017, S. 17.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ging bis zuletzt zurück. Im dritten Quartal 2017 lag diese um 22 000 Personen unter dem Stand des Vorquartals. Der Rückgang wäre ohne die nunmehr steigende Zahl von arbeitslosen Personen im Kontext von Fluchtmigration noch kräftiger gewesen. Dass deren Zahl in den vergangenen Monaten nicht schneller angestiegen ist, ist durch den Einsatz von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten der Bundesagentur für Arbeit und von Integrationsmaßnahmen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge bedingt.

Das Erwerbspersonenpotenzial hat weiter stark zugenommen. Dies ist zum einen auf die hohe Nettozuwanderung und zum anderen auf die steigende Erwerbsbeteiligung zurückzuführen. Zwar liegen zur Nettozuwanderung bisher nur bis Ende 2015 plausible Informationen vor. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass die Nettozuwanderung auch im Jahr 2016 sehr hoch war. Allerdings wird diese wegen des Rückgangs der Nettozuwanderung von Personen aus den EU-Staaten[15] sowie der Abnahme der Fluchtmigration geringer gewesen sein als im Vorjahr. Neben der starken Zuwanderung resultiert der Zuwachs des Erwerbspersonenpotenzials nach wie vor auch aus der steigenden Erwerbsbeteiligung. Dies betrifft vor allem Frauen sowie ältere Personen. So war die Erwerbsbeteiligung von Frauen im zweiten Quartal 2017 um 0,7 Prozentpunkte höher als im Vorjahresquartal. Bei den Älteren nahm diese sogar um 2,7 Prozentpunkte zu.[16]

Im Gefolge der anhaltend kräftigen Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion nahm im vierten Quartal 2017 die Zahl der Erwerbstätigen um 146 000 Personen bzw. 0,3% zu. Die registrierte Arbeitslosigkeit ging im gleichen Zeitraum um 44 000 Personen zurück. Im Jahresdurchschnitt stieg die Beschäftigung gegenüber dem Vorjahr um 657 000 Personen bzw. 1,5% (vgl. Tab. 9). Die registrierte Arbeitslosigkeit lag um 156 000 Personen unter dem Vorjahreswert. Die – auf die Erwerbspersonen bezogene – Arbeitslosenquote lag bei 5,4%.

Tabelle 9

Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in Deutschland 2016 und 2017

	2016	2017	Veränderung in 1 000 Personen	Veränderung in %
Arbeitnehmer (Inland)	39 305	39 986	681	1,7
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	31 485	32 229	744	2,4
Geförderte[1]	108	126	18	16,7
nicht geförderte	31 377	32 103	726	2,3
ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte	4 805	4 747	–58	–1,2
sonstige	3 015	3 010	–5	–0,2
Selbstständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger	4 333	4 309	–24	–0,6
geförderte Selbstständigkeit	24	23	–1	–4,2
nicht geförderte Selbstständigkeit	4 309	4 286	–23	–0,5
Erwerbstätige (Inland)	43 638	44 295	657	1,5
darunter:				
staatlich subventionierte Erwerbstätige	260	253	–7	–2,7
geförderte Erwerbstätige[2]	132	149	17	12,9
Kurzarbeit	128	104	–24	–18,8
ungeförderte Erwerbstätigkeit	43 378	44 042	664	1,5
nachrichtlich: Anteil der staatlich subventionierten Erwerbstätigen an den Erwerbstätigen (Inland)	0,6	0,6		

[1] Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen (einschl. für Schwerbehinderte); Einstiegsgeld bei abhängiger sozialversicherungspflichtiger Erwerbstätigkeit; Beschäftigungszuschuss; ESF Bundesprogramm zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter; Bundesprogramm Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt; Förderung von Arbeitsverhältnissen. – [2] Geförderte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie geförderte Selbstständige.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH; 2017: Prognose des IWH.

Im Verlauf des Jahres 2018 wird sich der Beschäftigungsaufbau wegen der weiterhin positiven Entwicklung der Produktion fortsetzen. Dafür sprechen auch der sehr hohe Bestand an offenen Stellen, das ifo Beschäftigungs-

15 So betrug im Jahr 2016 der Wanderungssaldo bei EU-Bürgern 294 000 Personen. Im Jahr zuvor lag dieser bei 382 000 Personen. Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Freizügigkeitsmonitoring: Migration von EU-Bürgern nach Deutschland im Zeitraum Januar bis März 2017, Juli 2017.

16 Vgl. hierzu: Eurostat, Erwerbsquoten nach Geschlecht, Alter und Staatsangehörigkeit.

barometer sowie das IAB-Arbeitsmarktbarometer.[17] Eine wichtige Rolle spielt dabei die vor allem durch die hohe Zuwanderung bedingte Ausweitung des Arbeitsangebots, die sowohl aus der hohen Nettozuwanderung[18] als auch aus der wohl weiter steigenden Erwerbsbeteiligung resultieren wird. Im Jahresdurchschnitt 2018 dürfte die Erwerbstätigkeit um 583 000 Personen bzw. 1,3% steigen. Dabei wird die Zunahme der Erwerbstätigkeit wohl erneut ausschließlich von der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung getragen werden. Im Verlauf des Jahres 2018 dürfte die Arbeitslosigkeit weiter abnehmen.[19] Zwar wird die Zahl der arbeitslos registrierten Flüchtlinge deutlich zunehmen. Jedoch ist der Rückgang bei anderen Personengruppen stärker. Die Arbeitslosenquote (laut Definition der Bundesagentur für Arbeit) wird im Jahr 2018 bei 5,4% und im Jahr 2019 bei 5,3% liegen. Das Erwerbspersonenpotenzial wird im Prognosezeitraum weiter steigen.[20]

Bei der Prognose muss beachtet werden, dass die Entwicklung der registrierten Arbeitslosigkeit und der Erwerbstätigkeit in hohem Maße von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen beeinflusst wird.[21] Sollten Personen im Kontext der Fluchtmigration noch stärker als bisher durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gefördert werden, wird der Rückgang der Arbeitslosigkeit stärker ausfallen, da Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nicht zu den registrierten Arbeitslosen zählen. Zudem zählen Teilnehmer in einigen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (z.B. Ein-Euro-Jobs) als Erwerbstätige, so dass bei einer Ausweitung derartiger Maßnahmen auch die Zahl der Erwerbstätigen beeinflusst wird.

---

17 Die Teilkomponente Erwerbstätigkeit des IAB-Arbeitsmarktbarometers für den Monat November signalisiert für die nächsten drei Monate einen weiterhin kräftigen Beschäftigungsaufbau. Vgl. Presseinformation des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vom 28.11.2017, IAB-Arbeitsmarktbarometer, Aufschwung setzt sich fort.

18 In der Prognose des IWH ist für das Jahr 2016 eine Nettozuwanderung von ca. 580 000, für 2017 von 380 000, für das Jahr 2018 von 300 000 und für das Jahr 2019 von 290 000 Personen unterstellt. Zudem wird angenommen, dass in den Jahren 2017 bis 2019 jährlich etwa 200 000 Flüchtlinge aufgenommen werden.
In dieser Annahme zur Fluchtmigration sind die Personen, die einen Anspruch auf Familiennachzug haben, berücksichtigt. Auf die anerkannten Asylbewerber und Geflüchteten werden bis Ende 2017 voraussichtlich 100 000 bis 120 000 Ehepartner im Ausland entfallen, die einen Anspruch auf Familiennachzug haben. Würden zusätzlich Personen mit subsidiärem Schutz berücksichtigt, würde diese Zahl der nachzugsberechtigten Ehepartner und Kinder um 50 000 bis 60 000 steigen. (Vgl. Brücker, H., Familiennachzug, 150 000 bis 180 000 Ehepartner und Kinder von Geflüchteten mit Schutzstatus leben im Ausland, IAB-Forum, 19.10.2017).

19 Die Teilkomponente Arbeitslosigkeit des IAB-Arbeitsmarktbarometers für den Monat November signalisiert für die nächsten drei Monate eine sinkende Arbeitslosigkeit. Dieser Indikator beruht auf den Erwartungen der lokalen Arbeitsagenturen zur kurzfristigen Entwicklung der Arbeitslosigkeit und wird seit Oktober 2013 monatlich veröffentlicht. Vgl. Presseinformation des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vom 28.11.2017, a.a.O.

20 Nach Schätzungen des IAB wird das Erwerbspersonenpotenzial im Jahr 2018 um 260 000 Personen zunehmen, im Jahr 2017 waren es noch 570 000 Personen. Vgl. Fuchs, J., et al., S. 7f.

21 Da für viele Asylbewerber die Integrationsmaßnahmen auslaufen, ist ab Herbst 2017 mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit von anerkannten Asylbewerbern zu rechnen, sofern dies nicht durch anschließende Fortbildungsprogramme kompensiert wird. Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Für eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik, Jahresgutachten 2017/18, S. 273.

Kasten 2

Zum Einfluss der Fluchtmigration auf den deutschen Arbeitsmarkt

Die Fluchtmigration hat bisher den deutschen Arbeitsmarkt noch nicht gravierend beeinflusst. Die Zahl der arbeitslosen Personen im Kontext von Fluchtmigration[K2] lag im August 2017 um 43 000 über dem Vorjahreswert (vgl. Tab. K2)[K3] Der Anteil am gesamtdeutschen Wert lag bei 7,7%. Die Arbeitslosenquote[K4] dieser Bevölkerungsgruppe stieg zwischen August 2016 und August 2017 von 47,5% auf 53,7%. Noch stärker als die Arbeitslosigkeit stieg die Unterbeschäftigung (+125 000 Personen). Damit war mehr als jeder achte Unterbeschäftigte eine Person im Kontext von Fluchtmigration.

Tabelle K2:

Personen im Kontext von Fluchtmigration im August 2016 und August 2017

1 000 Personen

	August 2016	August 2017	Veränderung	Anteil am gesamtdeutschen Wert August 2017
	1 000 Personen			%
Arbeitssuchende	346	497	151	10,7
Arbeitslose	153	196	43	7,7
SGB II	124	175	51	10,4
SGB III	29	21	-8	2,5
Unterbeschäftigte	297	422	125	12,1
Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen	62	71	9	8,9
darunter:	0,2		0,1	
Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung	48	42	–6	21,8
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	3	3	0	3,3
Fremdförderung[a]		176		71,1
Bewerber für Berufsausbildungsstellen insgesamt	9	25	16	4,7
Beschäftigte[b, c]	154	241	87	0,6
	%			
Arbeitslosenquote[c, d]	47,5	53,7		

[a] Maßnahmen, die nicht von der Bundesagentur für Arbeit, sondern von anderen Trägern gefördert werden, wie beispielsweise Integrationskurse und berufsbezogene Sprachkurse. – [b] Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und ausschließlich geringfügig Beschäftigte. – [c] Nichteuropäische Asylherkunftsländer. – [d] Anteil der Arbeitslosen an der Summe von Beschäftigten (sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie ausschließlich geringfügig Beschäftigten) und Arbeitslosen.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Darstellung des IWH.

Für Personen im Kontext von Fluchtmigration liegen keine Angaben zur Beschäftigung vor. Allerdings kann aus der Zahl der beschäftigten Personen[K5] mit einer Staatsangehörigkeit aus den acht zugangsstärksten Asylherkunftsländern[K6] der Einfluss der Fluchtmigration auf die Beschäftigung abgeschätzt werden.[K7] Im August 2017 waren aus diesen Asylherkunftsländern 241 000 Personen beschäftigt. Dies waren 87 000 Personen mehr als im Jahr zuvor. Der Anteil der Beschäftigten aus diesen Asylherkunftsländern an den Beschäftigten insgesamt betrug 0,6%.

Durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wurden im August 2017 71 000 Personen im Kontext von Fluchtmigration gefördert. Dieser Personenkreis hatte damit einen Anteil von 8,9% am gesamtdeutschen Wert. Erheblich höher ist das Gewicht der sogenannten „Fremdförderung", zu der Integrationskurse sowie berufsspezifische Sprachkurse gehören. Im August 2017, für den hierfür erstmals Angaben vorliegen, wurden durch diese Maßnahmen 176 000 Personen im Kontext von Fluchtmigration gefördert. Dies waren 71,1% aller derartig geförderten Personen.

K2 Dazu zählen Asylbewerber, anerkannte Schutzberechtigte sowie geduldete Ausländer. Vgl. Bundesagentur für Arbeit: Geflüchtete Menschen in den Arbeitsmarktstatistiken – Erste Ergebnisse, Nürnberg, Juni 2016, 4.

K3 Der Vergleichszeitraum von August 2017 gegenüber August 2016 wurde gewählt, weil nur für diesen Zeitraum für alle hier dargestellten Indikatoren Daten vorliegen.

K4 Vgl. Tabelle K2, Fußnote 3.

K5 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie ausschließlich geringfügig Beschäftigte.

K6 Zu den acht zugangsstärksten Asylherkunftsländern gehören: Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien. Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Hintergrundinformation: Auswirkungen der Migration auf den deutschen Arbeitsmarkt, Nürnberg, August 2017.

K7 Dabei wird unterstellt, dass Veränderungen in der Zahl der Beschäftigten aus diesen acht Asylherkunftsländern „plausibel im Zusammenhang mit der aktuellen Migration" gesehen werden können. Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Geflüchtete Menschen …, a. a. O., 8.

Lohnsteigerungen durch Produktivitätszuwachs und Inflation gedeckt

Die Tarifverdienste sind im Jahr 2017 mit 2,3% um 0,2 Prozentpunkte kräftiger gestiegen als vor einem Jahr prognostiziert. Nachdem im Jahr 2016 der Tariflohnanstieg noch bei 2,1% lag, konnte durch eine Reihe von relativ hohen Lohnabschlüssen wie beispielsweise im KFZ-Handwerk, im privaten Verkehrsgewerbe, im Hotel- und Gaststättengewerbe, im Steinkohlebergbau oder letztlich auch in der Stahl- und Eisenindustrie der jahresdurchschnittliche Tariflohnanstieg deutlich zulegen. Allerdings wurden auch bei einer Reihe von Tariflohnabschlüssen Nullmonate vereinbart, in denen es noch keine Lohnerhöhung gab, wie beispielsweise im Einzelhandel, dem Versicherungsgewerbe oder der Systemgastronomie, was letztlich den Lohnanstieg etwas bremste. Für die Jahre 2018 und 2019 deuten die bisherigen Lohnabschlüsse auf einen ähnlich hohen Tariflohnanstieg wie im Jahr 2017 hin.

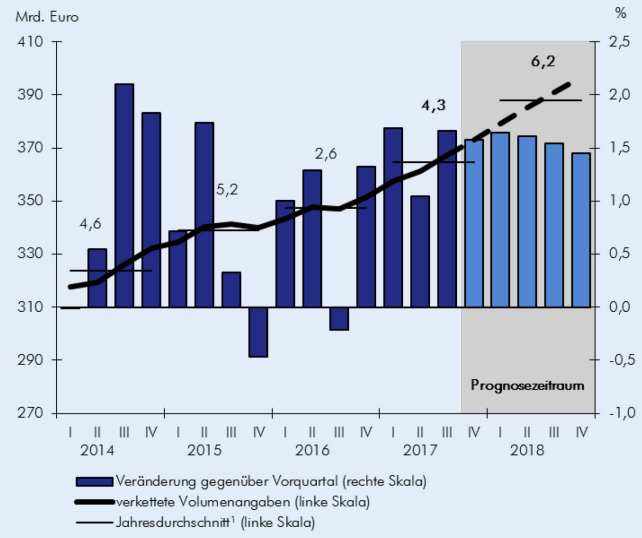
Der Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten, der im Jahr 2016 etwas an Fahrt verloren hatte, legte im Verlauf des Jahres 2017 wieder stärker zu. Insgesamt stiegen die Effektivlöhne je Beschäftigten im Jahr 2017 um 2,8%. Sie nahmen damit deutlich schneller zu als die Tariflöhne. Angesichts der weiterhin guten Konjunktur dürften die Löhne im Prognosezeitraum ähnlich kräftig zulegen. Damit wird der Anstieg der Löhne in etwa dem Produktivitätszuwachs und der Inflation entsprechen.

Mit Beginn des Jahres 2017 betrug der gesetzliche Mindestlohn 8,84 Euro je Stunde (zuvor 8,50 Euro je Stunde). Damit stieg der Mindestlohn (+4,0%) kräftiger als die Stundenlöhne im Jahr 2017, deren Zuwachs bei 2,8% liegt. Die nächste Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes ist erst im Jahr 2019 vorgesehen, so dass es im Jahr 2018 keinen Mindestlohn-Sondereffekt geben wird. Insgesamt dürften in den Jahren 2018 und 2019 die Stundenlöhne wohl nochmals ähnlich schnell wie im Jahr 2017 zulegen. Die Lohnstückkosten sind im Jahr 2017 um 1,8% gestiegen und werden in den beiden Jahren danach wohl um 1,8% und 2,2% zunehmen.

Außenhandel belebt sich weiter

Der Außenhandel expandierte im Jahr 2017 unter dem Einfluss der robusten internationalen Konjunktur kräftig. Die Ausfuhren profitierten dabei insbesondere von der steigenden Nachfrage aus dem Euroraum, aber auch die Lieferungen nach China zogen wieder deutlich an (vgl. Abb. 17). Auch die Einfuhren stiegen 2017 nach einem schwachen Jahresauftakt im Zuge der Ausweitung der Binnennachfrage sowie der Ausfuhren wieder stärker an (vgl. Abb. 18).

Abbildung 17
Reale Exporte
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

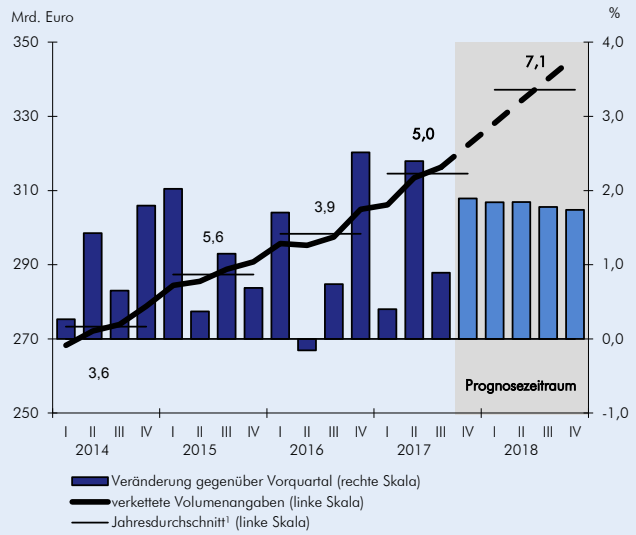
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2017: Prognose des IWH.

Die Entwicklung der Warenexporte verlief im Einklang mit der kräftigeren internationalen Konjunktur recht lebhaft. In den Euroraum stiegen die Lieferungen ab dem zweiten Quartal stärker als in alle anderen Regionen, während die Ausfuhren in das nicht-europäische Ausland in den Frühjahrs- und Sommermonaten schwächer expandierten. Hier dürfte die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar und anderen Währungen dämpfend gewirkt haben. Im dritten Quartal allerdings legten auch sie wieder etwas dynamischer zu.

Für die nächsten Monate deuten die Auftragseingänge für das Verarbeitende Gewerbe auf eine weiterhin kräftige Ausweitung der Exporte hin. Der Index der Auftragseingänge aus dem Ausland (ohne Berücksichtigung von Großaufträgen) ist im dritten Quartal gegenüber dem Vorquartal mit 4% außerordentlich stark gestiegen, im Oktober fiel der Anstieg etwas schwächer aus. Die Aufträge

aus dem Euroraum haben zuletzt etwas nachgegeben, während sie sich aus Drittstaaten nochmals deutlich verbessert haben. Der effektive reale Wechselkurs blieb nach einer längeren Phase der Aufwertung in September und Oktober nahezu unverändert. Die ifo Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe haben im September und Oktober weiter angezogen und befinden sich auf einem hohen Niveau.

Abbildung 18
Reale Importe
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2017: Prognose des IWH.

Alle Branchen der Industrie gehen im Durchschnitt von einem Anstieg ihrer Exporte aus. Insgesamt ist eine Zunahme der Exporte im Jahr 2017 von 4,3%, im folgenden Jahr von 6,2% zu erwarten (vgl. Tab. 10).

Die Einfuhren expandierten im dritten Quartal erneut spürbar, wenn auch nicht so kräftig wie im Vorquartal. Aufgrund der Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen sowie der regen Exporte wurden im Vergleich zum Vorquartal mehr Investitionsgüter und Vorleistungen eingeführt, wogegen der Import von Konsumgütern sich etwas abschwächte. Im Prognosezeitraum werden die Einfuhren zunächst erneut von den kräftigen Ausfuhren sowie von der nach wie vor belebten Binnennachfrage profitieren und dementsprechend weiter kräftig bleiben, im weiteren Verlauf dann mit leicht abnehmenden Raten expandieren. Die Importe dürften im Jahr 2017 insgesamt mit rund 5% sowie im kommenden Jahr mit 7,1% etwas stärker steigen als die Exporte.

Der Beitrag des Außenhandels zur Zunahme des Bruttoinlandsprodukts ist damit im Jahr 2017 insgesamt wieder positiv gewesen, noch im zweiten Quartal hatte er rechnerisch gedämpft. In den kommenden beiden Jahren wird der Beitrag in etwa neutral ausfallen.

Tabelle 10
Indikatoren zur Außenwirtschaft

	2015	2016	2017	2018	2019
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Exporte, real	5,2	2,6	4,3	6,2	4,8
Importe, real	5,6	3,9	5,0	7,1	5,7
	% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Exporte, nominal	46,9	46,1	47,1	48,5	49,7
Importe, nominal	38,9	38,1	39,5	40,7	41,8
	Außenbeitrag				
Mrd. Euro, nominal	243,3	250,6	248,3	264,7	279,6

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2017 bis 2019: Prognose des IWH.

Die Terms of Trade haben sich nach der deutlichen Verschlechterung zum Jahresbeginn 2017 im Frühjahr aufgrund der Euroaufwertung und temporärer Rohstoffpreisrückgänge wieder verbessert; im Jahresdurchschnitt wird allerdings eine leichte Verschlechterung bleiben. Im weiteren Prognosezeitraum werden sich die Terms of Trade verbessern, denn bei anhaltend guter Auslandskonjunktur und zunehmender Kapazitätsauslastung in Deutschland dürften die Ausfuhrpreise 2018 und 2019 etwas stärker zulegen als die Einfuhrpreise.

Verbesserte Exportaussichten fördern kräftige Unternehmensinvestitionen

Die Anlageinvestitionen dürften im Jahr 2017 in einem für ein Aufschwungsjahr nur moderaten Tempo expandiert haben. Allerdings verlief die Entwicklung von Ausrüstungs- und Bauinvestitionen sehr unterschiedlich: Erstere nahmen in den ersten drei Quartalen des Jahres stetig und kräftig zu. Die besseren Absatzaussichten im Ausland und die hohe Kapazitätsauslastung des Verarbeitenden Gewerbes haben offenbar insbesondere die Exportbetriebe und ihre Zulieferer veranlasst, mehr in Ausrüstungen zu investieren. Die Bauinvestitionen expandierten verhaltener: Der öffentliche Bau ist in den ersten drei Quartalen des Jahres insgesamt kaum ausgeweitet worden, und der Wirtschaftsbau verlor nach und nach an Schwung. Nur der

Wohnungsbau expandierte recht deutlich. Die für ein Aufschwungsjahr eher verhaltene Expansion der Bauproduktion deutet zusammen mit dem kräftigen Anstieg der Baupreise darauf hin, dass diese Branche zurzeit an ihrer Kapazitätsgrenze produziert.

Tabelle 11

Reale Anlageinvestitionen in Deutschland

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	2015	2016	2017	2018	2019
Anlageinvestitionen insgesamt	1,5	3,1	3,7	3,3	2,6
Ausrüstungen	3,9	2,2	4,2	5,2	3,5
sonstige Anlagen	5,5	5,5	3,7	3,4	2,9
Bauinvestitionen insgesamt	–1,4	2,7	3,5	2,0	2,0
Wohnbauten	–0,7	4,0	4,4	3,0	2,3
Nichtwohnbauten insgesamt	–2,5	0,8	2,1	0,4	1,4
gewerbliche Bauten	–3,2	0,0	2,8	0,4	1,4
öffentliche Bauten	–0,8	2,7	0,3	0,4	1,4

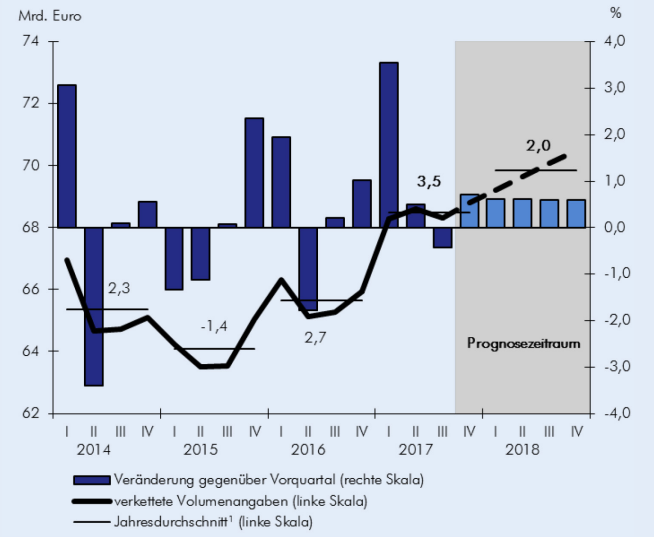
Quellen: Statistisches Bundesamt; 2017 bis 2019: Prognose des IWH.

Im Winterhalbjahr 2017/18 werden die Anlageinvestitionen wohl weiterhin deutlich zulegen. Nach den bereits starken Zuwächsen im Sommerhalbjahr dürfte noch mehr in Ausrüstungen investiert werden. Dafür spricht, dass die inländischen Auftragseingänge bei den Investitionsgüterproduzenten im Frühjahr stark gestiegen sind und am aktuellen Rand immer noch moderate Zuwächse aufweisen. Die inländischen Umsätze der Investitionsgüterhersteller im September deuten auf eine weitere Zunahme im Schlussquartal hin. Insbesondere die Exportaussichten scheinen sich am aktuellen Rand nochmals aufgehellt zu haben. Sowohl diese verbesserten Produktionserwartungen der Unternehmen als auch die niedrigen Zinsen dürften die Investitionsentscheidungen weiterhin günstig beeinflussen.[22] All diese Faktoren dürften die Unternehmen veranlasst haben, geplante, aber zunächst zurückgestellte Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen wieder auf die Tagesordnung zu nehmen. Im späteren Prognoseverlauf dürften die Unternehmen angesichts häufig überausgelasteter Kapazitäten zudem wieder mehr Erweiterungsinvestitionen tätigen. Alles in allem dürften die Unternehmen bis zum Ende des Prognosezeitraums weiterhin moderat in Anlagen investieren (vgl. Tab. 11).

Abbildung 19

Reale Bauinvestitionen

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2017: Prognose des IWH.

Die Investitionen der Unternehmen in Bauten dürften nach der Flaute im Sommer 2017 leicht zunehmen (vgl. Abb. 19); allerdings mehren sich Zeichen von Kapazitätsgrenzen, da trotz hoher Auftragsbestände die Baugenehmigungen sowohl für gewerbliche Hoch- als auch Tiefbaubauten rückläufig sind. Zudem signalisiert dies, dass im späteren Verlauf eher nur schwache Impulse vom Wirtschaftsbau zu erwarten sind. Die Investitionen in Ausrüstungen dürften nach starken Zuwächsen von 4,2% im Jahr 2017 im Folgejahr mit 5,2% noch kräftiger zunehmen (vgl. Abb. 20); im Jahr 2019 geht die Dynamik nach vorliegender Prognose deutlich zurück. Bei den gewerblichen Bauten ergeben sich nach starken Zuwächsen im Jahr 2017 wohl deutlich geringere Zuwächse in den Jahren 2018 und 2019.

Robuste Entwicklung bei Wohnbauten und rückläufige Tendenz bei öffentlichen Bauten

Die Baukonjunktur wird vor allem vom starken Wohnungsbau getrieben. Dort haben sich außergewöhnlich hohe Auftragsbestände angestaut, auch wenn der Zufluss neuer Baugenehmigungen und Aufträge zuletzt

[22] Die Streuung der Produktionserwartungen der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes bildet das ifo Unsicherheitsmaß ab. Dieses hat sich nach einer leichten Reduzierung in August und September zuletzt wieder deutlich zurückgebildet.

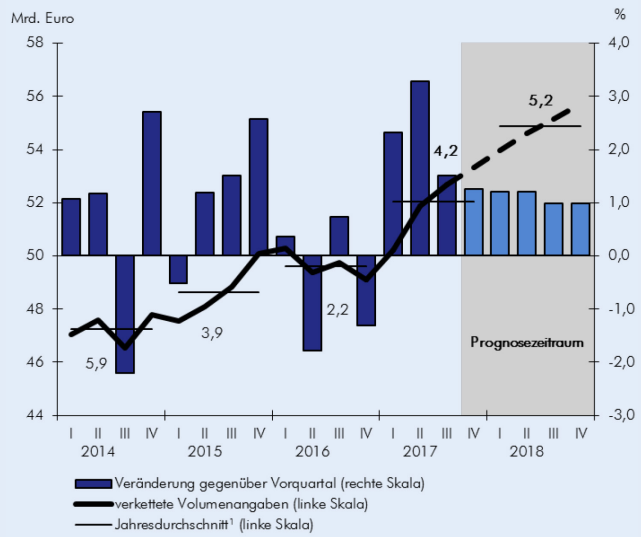
eher zögerlich verlief. Gegen eine fortgesetzt gute Wohnungsbaukonjunktur sprechen Engpässe auf dem Arbeitsmarkt, die sich letztlich in hohen Baukosten niederschlagen.

Die zeitliche Umsetzung der Bauvorhaben dürfte deswegen stark von den Möglichkeiten des Baugewerbes abhängen, genügend und qualifiziertes Personal zu finden. In der vorliegenden Prognose ist eine zeitliche Streckung anstehender Wohnungsbaumaßnahmen unterstellt, die mit deutlich anziehenden Baupreisen einhergeht. Alles in allem steigen die Wohnungsbauinvestitionen im Jahr 2017 um 4,4%, in den Jahren 2018 und 2019 dürfte der Zuwachs bei 3% bzw. reichlich 2% liegen.

Abbildung 20

Reale Investitionen in Ausrüstungen

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2017: Prognose des IWH.

Der öffentliche Bau bleibt im Prognosezeitraum leicht aufwärtsgerichtet. Die Auftragsbestände sind zwar bis zuletzt angestiegen und befinden sich auf einem vergleichsweise hohen Niveau. Im Gegensatz dazu sind die zeitlich weiter reichenden Baugenehmigungen für öffentliche Hochbauten jedoch zuletzt gesunken. Nach den von der Bundesregierung bereits seit längerem eingeleiteten Maßnahmen zum Ausbau von Bildungseinrichtungen und der Verkehrsinfrastruktur sowie zur Förderung der Investitionstätigkeit finanzschwacher Kommunen bleiben weitere starke Impulse aus. Alles in allem dürfte es nach der Investitionsstärke im Jahr 2016 nun zu einem schwachen Zuwachs der öffentlichen Bauinvestitionen von 0,3% im Jahr 2017 sowie von 0,4% bzw. 1,4% in den beiden Folgejahren kommen.

Insgesamt nehmen die Bauinvestitionen nach vorliegender Prognose im Jahr 2017 um 3,5% zu und dürften in den Jahren 2018 und 2019 mit jeweils 2,0% moderat zulegen.

Privater Konsum profitiert vom kräftigen Arbeitsmarkt

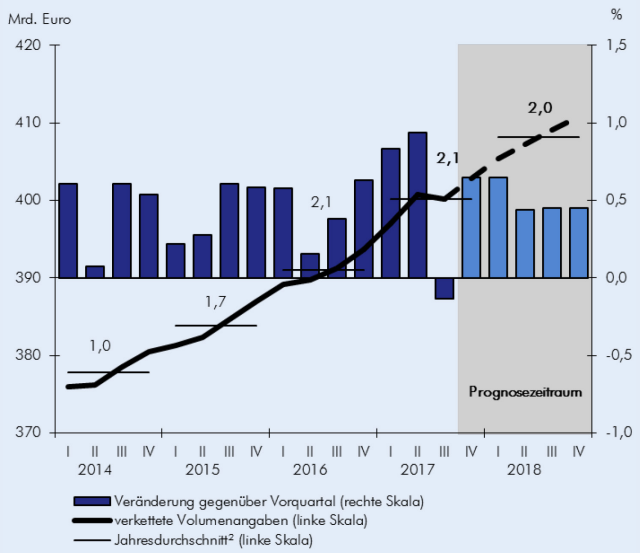
Die privaten Haushalte weiteten ihre Käufe im Jahr 2017 genauso kräftig aus wie im Jahr zuvor. Damit hat der private Konsum wesentlich schneller expandiert, als vor einem Jahr prognostiziert. In den ersten beiden Quartalen des Jahres haben die privaten Haushalte mehr als zuvor konsumiert, im dritten Quartal gingen die Käufe leicht zurück (vgl. Abb. 21). Im Einzelhandel stiegen die Umsätze bis zum Sommer auf einen neuen Höchststand. Seitdem sind die monatlichen Umsätze jedoch rückläufig. Die Kfz-Umsätze stiegen ebenfalls im ersten Halbjahr 2017 sehr dynamisch und konnten zuletzt nur noch leicht zulegen. Dies spiegelt sich auch in der Einschätzung der befragten Konsumenten in der GfK-Konsumklimastudie wider, die ihre Einkommensaussichten bis zum Sommer als sehr positiv einschätzten und dementsprechend auch eine hohe Anschaffungsneigung bekundeten, jedoch seit August etwas pessimistischer urteilten.

Die Löhne und Gehälter stiegen allerdings auch im dritten Quartal sehr kräftig und die bremsende Wirkung der Verbraucherpreisinflation hatte zuletzt nicht weiter zugenommen. Insgesamt dürften die Aussichten auf eine weitere Zunahme der privaten Käufe gut sein und der private Verbrauch im vierten Quartal wohl mit einer Rate, die in etwa dem Durchschnitt der ersten drei Quartale des Jahres 2017 entspricht, expandieren. Im Jahr 2018 dürften die nach wie vor positiven Einkommens- und Arbeitsmarktperspektiven den Konsum der privaten Haushalte weiterhin günstig beeinflussen. So wird der etwas stärkere Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten im Jahr 2017 wohl auch einer tendenziellen Verknappung am Arbeitsmarkt geschuldet sein.

Abbildung 21

Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte[1]

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



[1] Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. - [2] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2017: Prognose des IWH.

Die Annahme, dass infolge der Fluchtmigration dem Arbeitsmarkt zusätzliche Beschäftigte zur Verfügung stehen und dieser Verknappung entgegenwirken, hat sich bislang nur im Ansatz realisiert. Alles in allem dürfte die Summe der Bruttolöhne und -gehälter im Jahr 2017 um 4,5%, im Jahr danach in etwa genauso schnell und am Ende des Prognosehorizonts wieder etwas langsamer zulegen (vgl. Tab. 12). Die monetären Sozialleistungen nahmen im Jahr 2017 überdurchschnittlich zu. Insbesondere dürfte die Erhöhung der gesetzlichen Rentenleistungen – auch wenn sie geringer ausfiel als im Jahr zuvor – und die ausgezahlten Sozialleistungen infolge der Fluchtmigration zum starken Anstieg der monetären Sozialleistungen geführt haben. In den Jahren 2018 und 2019 werden die monetären Sozialleistungen wohl etwas weniger kräftig zulegen. Die Einkommen der Selbstständigen stiegen im Jahr 2017 mit 3,3% (vgl. Tab. A1) und auch die Vermögenseinkommen nehmen mittlerweile wieder deutlich zu. Insgesamt expandierten die übrigen Primäreinkommen im Jahr 2017 um 5,3% und werden auch im folgenden Prognosezeitraum auf diesem Kurs bleiben.

Insgesamt sind die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in Deutschland im Jahr 2017 um 4,1% gestiegen, wobei die Vermögenseinkommen erstmals seit der Finanzkrise wieder stärker als die Masseneinkommen zugenommen haben. Im Jahr 2018 werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte dann nochmals um 3,8% und im Jahr danach etwas geringer zulegen. Die gestiegene Verbraucherpreisinflation im Jahr 2017 schmälerte die Kaufkraft der privaten Haushalte im Vergleich zum Jahr davor nicht. Im weiteren Verlauf der Jahre 2018 und 2019 dürften die Preise nur wenig stärker zunehmen als im Jahr 2017, so dass sich der um die Inflation bereinigte Zuwachs der verfügbaren Einkommen nur etwas verringern dürfte. Die Sparquote ist trotz der niedrigen Zinsen relativ konstant geblieben und wird sich auch im Prognosezeitraum kaum verändern. Alles in allem dürfte der private Konsum im Jahr 2017 um 2,1% steigen. In den beiden Folgejahren nimmt er dann mit 2,0% und 1,5% etwas weniger stark zu. Damit trägt er etwas mehr einen Prozentpunkt im Jahr 2017 und in den beiden Jahren danach 1,1 und 0,8 Prozentpunkte zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts bei.

Tabelle 12

Verfügbare Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte[1] in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2015	2016	2017	2018	2019
verfügbare Einkommen, nom.	2,6	2,9	4,1	3,8	3,3
darunter:					
Nettolöhne und -gehälter (Summe)	3,7	3,9	4,2	4,5	3,8
monetäre Sozialleistungen	4,5	3,1	3,6	3,0	3,1
Selbstständigen-, Vermögenseinkommen	-0,5	1,7	5,3	3,1	2,3
Sparen	4,2	3,5	5,3	4,2	2,5
private Konsumausgaben, nominal	2,3	2,7	3,9	3,7	3,3
nachrichtlich: Bruttolöhne und –gehälter (Summe)	4,0	4,0	4,5	4,4	4,0
Sparquote (in %)	9,6	9,7	9,8	9,8	9,8
Preisindex des privaten Konsums	0,6	0,6	1,7	1,7	1,8
private Konsumausgaben, real	1,7	2,1	2,1	2,0	1,5

[1] Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2017 bis 2019: Prognose des IWH.

Inländischer Preisauftrieb nimmt leicht zu

Die Verbraucherpreise stiegen im Jahr 2017 deutlich stärker als im Jahr zuvor. Dies war vor allem dem Rohölpreis geschuldet, der zum Jahreswechsel 2016/17 kräftig gestiegen war. Ab Frühjahr ließ der Preisdruck langsam nach und kam im Sommer 2017 zum Stillstand. Seitdem gibt es wieder fühlbare Preissteigerungen bei Mineralölprodukten durch die anziehenden Rohölpreise. Auch in Dienstleistungsbereichen stiegen die Verbraucherpreise teilweise leicht überdurchschnittlich, was wohl auch auf die Mindestlohnerhöhung zu Beginn des Jahres 2017 zurückzuführen ist. Die Verteuerung der Mieten verstärkte sich leicht und dürfte auf eine Verknappung von Wohnraum hinweisen. Im November 2017 lag die Inflationsrate bei 1,8%. Insgesamt dürfte die Inflation im Jahr 2017 bei 1,7% liegen.

In den beiden Prognosejahren dürften die Rohölpreise nicht stark steigen, so dass hier keine größeren Preisentlastungen für die privaten Haushalte zu erwarten sind. Auch die hohe Kapazitätsauslastung der Wirtschaft dürfte im Prognosezeitraums noch weiter zu nehmen und die bereits jetzt bestehenden Knappheiten in den nächsten zwei Jahren nicht abgebaut werden. Alles in allem wird wohl die Verbraucherpreisinflation damit in den Jahren 2018 und 2019 jeweils bei 1,7% liegen.

Produktion

Das Bruttoinlandsprodukt hat in den ersten drei Quartalen des Jahres 2017 um 2,2% gegenüber dem Vorjahreszeitraum zugenommen. Zu dieser kräftigen Expansion haben fast alle Wirtschaftsbereiche beigetragen (vgl. Tab. 13). Besonders kräftig stieg die Produktion im Baugewerbe, da die Nachfrage nach Wohnraum weiterhin hoch ist und zudem die Finanzierungsbedingungen ausgesprochen günstig sind. Das Verarbeitende Gewerbe profitierte vor allem vom Exportwachstum sowie den regen Investitionen in Ausrüstungen. Dabei wurde die Produktion in allen Hauptsparten ausgeweitet. Auch in den Bereichen Information, Kommunikation sowie Handel, Verkehr, Gastgewerbe stieg die Produktion überdurchschnittlich.

Tabelle 13

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen[1]

Veränderungsrate gegenüber dem Vorquartal in %

	2017	2017		2018
	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal
Bruttoinlandsprodukt	0,6	0,8	0,5	0,6
Darunter				
Bruttowertschöpfung	0,7	1,0	0,5	0,6
darunter				
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	1,2	1,9	0,5	0,7
Verarbeitendes Gewerbe	1,1	2,4	0,6	0,7
Energie- und Wasserversorgung	2,1	–2,7	0,3	0,3
Baugewerbe	0,7	0,4	0,1	0,4
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	0,9	0,4	0,4	0,4
Information und Kommunikation	0,8	1,3	1,1	1,0
Finanz- und Versicherungsdienstleister	0,0	0,2	0,2	0,3
Grundstücks- und Wohnungswesen	–0,2	0,7	0,6	0,7
Unternehmensdienstleister	0,2	1,2	0,7	0,6
öffentliche Dienstleister	0,8	0,5	0,4	0,5
sonstige Dienstleister	0,1	0,7	0,5	0,7

[1] Verkettete Volumina, saison- und kalenderbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 4. Quartal 2017: Prognose des IWH.

Im vierten Quartal 2017 wird die Produktion wohl weiter kräftig zunehmen.[23] Im Verarbeitenden Gewerbe dürfte die Wertschöpfung allerdings um 0,6% und damit erheblich schwächer als im Vorquartal steigen. Darauf weist die schwache Entwicklung des Produk-

[23] Die Prognose der Bruttowertschöpfung der Hauptwirtschaftsbereiche basiert auf zwei Ansätzen: In der sehr kurzen Frist, d. h. für zwei Quartale, kommen vor allem die Flash-Schätzungen mit kombinierten Einzelindikatorprognosen (Pooling) zum Einsatz. Für die anschließenden Quartale des ersten Prognosejahres erfolgt die Schätzung durch eine Erweiterung des makroökonometrischen Deutschlandmodells des IWH. Zu den Pooling Ansätzen vgl. Drechsel, K., Scheufele, R., Bottom-up or Direct? Forecasting German GDP in a Data-rich Environment, in: Swiss National Bank Working Paper, 16, 2012. Zur Schätzung der Produktion mit dem makroökonometrischen Deutschlandmodell des IWH vgl. Arbeitskreis Konjunktur des IWH, Konjunktur aktuell, Binnenwirtschaft trägt Konjunktur in Deutschland; in Konjunktur aktuell, 2 (1), 2014, S 31.

tionsindex hin.[24] Allerdings haben die Auftragseingänge weiter – wenn auch deutlich abgeschwächt – zugenommen. Die Wertschöpfung im Baugewerbe wird wohl geringer expandieren als im Vorquartal. Dafür sprechen die verhaltene Entwicklung des ifo Geschäftsklimaindex für das Bauhauptgewerbe sowie die schwachen Auftragseingänge. Allerdings schlagen die hohen Auftragsbestände positiv zu Buche. Die Bruttowertschöpfung im Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe dürfte infolge des spürbaren Anstiegs des privaten Verbrauchs weiter zunehmen. Die übrigen Dienstleistungsbereiche dürften die Produktion ausweiten. Dafür sprechen vor allem die positiven Umfrageergebnisse des ifo Instituts. Alles in allem wird die Bruttowertschöpfung im vierten Quartal wohl um 0,5% zunehmen.

Im ersten Quartal des Jahres 2018 wird die Expansion der Produktion hoch bleiben. Die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe dürfte aufgrund der starken Ausfuhren weiter zunehmen. Vor allem vom Verarbeitenden Gewerbe gehen kräftige Impulse auf die Unternehmensdienstleister aus. Im Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe wird die Produktion angesichts steigender Einkommen weiter steigen. Der Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen wird vor allem von der hohen Nachfrage nach Wohnimmobilien profitieren. Insgesamt wird die Produktion im ersten Quartal des Jahres 2018 um 0,6% steigen.

Öffentliche Finanzen: Hohe finanzpolitische Spielräume bei gut gefüllten Staatskassen

Im Jahr 2017 wird der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte – trotz einer haushaltsbelastenden, expansiv ausgerichteten Finanzpolitik und Mehrausgaben infolge des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts zur Kernbrennstoffsteuer – deutlich höher ausfallen als im Vorjahr. Insbesondere infolge erneut kräftig expandierender Steuereinnahmen und Sozialbeiträge und weiterhin rückläufiger Zinsausgaben dürfte sich der gesamtstaatliche Haushaltsüberschuss auf gut 44 Mrd. Euro belaufen. Dies entspricht 1,4% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Im Jahr 2018 werden sich die Überschüsse der öffentlichen Haushalte nicht weiter erhöhen, insbesondere weil die staatlichen Einnahmen deutlich verhaltener zunehmen als im Vorjahr. Dies geht vor allem auf eine schwächere Expansion der Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen zurück. Zwar bleibt die Lohndynamik unverändert hoch, der Beschäftigungsaufbau schwächt sich jedoch etwas ab. Zudem wirken die Anhebung des Grund- und Kinderfreibetrags sowie die Verschiebung der Tarifeckwerte bei der Einkommensteuer einnahmemindernd. Auch die gewinnabhängigen Steuern werden nicht mehr so dynamisch expandieren wie in den beiden Jahren zuvor. Die Sozialbeiträge, die in den Jahren 2016 und 2017 bei einem spürbaren Anstieg der Lohnsumme und Anhebungen des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung bzw. des Beitragssatzes zur gesetzlichen Pflegeversicherung kräftig gestiegen sind, legen im Jahr 2018 verlangsamt zu. Zum einen nimmt die Lohnsumme etwas schwächer zu als im Vorjahr, zum anderen wirken die Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung sowie des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung einnahmemindernd. Die empfangenen Vermögenseinkommen des Staates legen im Jahr 2018 wieder zu, insbesondere weil die Gewinnabführung der Bundesbank höher ausfallen dürfte als im Vorjahr. Auch die staatlichen Verkäufe werden nochmals kräftig ausgeweitet. Hier wirkt zum einen die Ausdehnung der LKW-Maut auf alle Bundesstraßen ab Mitte des Jahres einnahmesteigernd, zum anderen werden viele Kommunen aufgrund einer immer noch angespannten Haushaltslage gezwungen sein, Gebühren zu erhöhen. Alles in allem erhöhen sich die Einnahmen des Staates im Jahr 2018 um 3,3%, nach 4,4% im Vorjahr.

Die öffentlichen Ausgaben werden im Jahr 2018 etwas stärker expandieren als im Vorjahr. So werden die staatlichen Vorleistungskäufe beschleunigt ausgeweitet. Zwar entfallen einerseits nach und nach die Ausgaben im Zusammenhang mit der Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen, die in den Jahren zuvor zu einem deutlichen Zuwachs bei den staatlichen Vorleistungen und den sozialen Sachleistungen geführt haben. Andererseits dürfte die insgesamt gute Finanzlage des Staates nicht nur zu zusätzlichen Vorleistungskäufen, sondern auch zu einer merklichen Ausweitung der öffentlichen Investitionen

[24] Dabei ist zu berücksichtigen, dass im Oktober 2017 mit 20 Arbeitstagen weniger Arbeitstage zur Verfügung standen als im langjährigen Mittel (21,3 Tage) und dass durch die Lage zweier Feiertage an jeweils einem Diensttag wohl viele Beschäftigte den Brückentag frei genommen haben.

führen. Auch die sozialen Sachleistungen, deren Zuwachs im Jahr 2017 - trotz Mehrausgaben im Zusammenhang mit der zweiten Stufe der Pflegereform - durch den Wegfall migrationsbedingter Ausgaben aus den Jahren 2015 und 2016 gedämpft wurde, werden im Jahr 2018 wieder stärker ausgeweitet. Dagegen legen die monetären Transfers im Jahr 2018 deutlich langsamer zu als im Vorjahr. Zwar erhöht sich die Zahl der Leistungsberechtigten beim Arbeitslosengeld II mit der zunehmenden Anerkennung von Flüchtlingen; demgegenüber fiel jedoch die Rentenanpassung zur Mitte des Jahres 2017 deutlich geringer aus als im Jahr zuvor. Zudem dämpft die weiterhin rückläufige Zahl an Arbeitslosen den Ausgabenzuwachs. Die Zinsausgaben des Staates werden aufgrund einer weiterhin günstigen Rendite deutscher Staatsanleihen und des sinkenden Schuldenstandes weiter zurückgehen, wenn auch verlangsamt. Die geleisteten Vermögenstransfers, die im Jahr 2016 durch die Übernahme von Portfolios der HSH Nordbank durch die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein und im Jahr 2017 durch die Erstattung der Kernbrennstoffsteuer überzeichnet waren, gehen im Jahr 2018 sogar deutlich zurück. Alles in allem nehmen die Ausgaben des Staates im Jahr 2018 um 3,4% zu, nach 3,2% im Vorjahr. Der gesamtstaatliche Finanzierungsaldo beläuft sich bei der hier unterstellten, nur leicht expansiv ausgerichteten Finanzpolitik auf gut 43 Mrd. Euro bzw. 1,3% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Im Jahr 2019 dürften die Einnahmen des Staates etwas beschleunigt zulegen. Zwar werden die Bruttolöhne und –gehälter mit der konjunkturellen Verlangsamung schwächer expandieren und somit den Einnahmeanstieg bei Steuern und Sozialbeiträgen für sich genommen dämpfen. Jedoch entfallen im Jahr 2019 die einnahmemindernden Effekte der Verschiebung der Eckwerte beim Einkommensteuertarif[25] und der Verringerung des kumulierten Beitragssatzes zu den Sozialversicherungen. Auch die Ausgaben des Staates nehmen, unter der Annahme des gesetzlichen status quo, im Jahr 2019 etwas stärker zu als im Vorjahr. Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo beläuft sich erneut auf 1,3% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Tabelle 14

Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates

in Milliarden Euro

	2016	2017	2018	2019
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	25,7	44,4	43,5	46,9
– Konjunkturkomponente[a]	–4,1	4,0	13,7	13,9
= Konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo	29,8	40,4	29,9	33,0
– Einmaleffekte[b]	–3,1	–7,3	0,0	–0,0
= Struktureller Finanzierungssaldo	32,9	47,7	29,9	33,0
+ Zinsausgaben des Staates	41,6	39,1	38,1	37,9
= Struktureller Primärsaldo	74,5	86,8	68,0	70,9
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	2,7	12,3	–18,8	3,0
Nachrichtlich: Struktureller Finanzierungssaldo in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent	1,0	1,5	0,9	0,9

[a] Berechnet mit einer Budgetsemielastizität von 0,55. – [b] Übernahme von Portfolios der HSH Nordbank, Gerichtsurteile.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Der um konjunkturelle und Einmaleffekte bereinigte strukturelle Finanzierungssaldo verringert sich von 1,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2017 auf 0,9% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2019 (vgl. Tab. 14). Aufgrund der deutlichen Zunahme des nominalen Bruttoinlandsprodukts, der hohen Haushaltsüberschüsse und des weiteren Abbaus der Bad-Bank-Portfolios wird sich der Schuldenstand des Staates in Relation zum Bruttoinlandsprodukt von 68,1% im Jahr 2016 auf ungefähr 58% im Jahr 2019 reduzieren.

[25] In dieser Prognose ist für das Jahr 2019 lediglich eine weitere Anhebung des Grund- und Kinderfreibetrags bei der Einkommensteuer zur Freistellung des sächlichen Existenzminimums unterstellt.

Anhang

Tabelle A 1

Hauptaggregate der Sektoren

Jahresergebnisse 2016

in Mrd. Euro

			gesamte Volks–wirtschaft	Kapital-gesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o.E.	übrige Welt
1	=	Bruttowertschöpfung	2 831,9	1 918,0	301,8	612,1	–
2	–	Abschreibungen	552,3	318,1	68,4	165,8	–
3	=	Nettowertschöpfung[1]	2 279,7	1 599,9	233,4	446,3	–250,6
4	–	geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 598,2	1 143,2	236,5	218,5	14,0
5	–	geleistete sonstige Produktionsabgaben	22,3	13,0	0,2	9,2	–
6	+	empfangene sonstige Subventionen	26,1	24,6	0,2	1,3	–
7	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	685,3	468,4	–3,1	220,0	–264,6
8	+	empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 600,3	–	–	1 600,3	11,9
9	–	geleistete Subventionen	27,8	–	27,8	–	5,6
10	+	empfangene Produktions- und Importabgaben	334,7	–	334,7	–	6,9
11	–	geleistete Vermögenseinkommen	702,3	633,5	41,6	27,3	168,5
12	+	empfangene Vermögenseinkommen	754,7	352,5	18,1	384,1	116,1
13	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 644,9	187,4	280,3	2 177,2	–303,8
14	–	geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	387,5	83,7	–	303,8	10,2
15	+	empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	397,2	–	397,2	–	0,4
16	–	geleistete Nettosozialbeiträge[2]	644,4	–	–	644,4	4,0
17	+	empfangene Nettosozialbeiträge[2]	645,6	121,0	523,8	0,8	2,8
18	–	geleistete monetäre Sozialleistungen	551,8	64,7	486,3	0,8	0,5
19	+	empfangene monetäre Sozialleistungen	544,9	–	–	544,9	7,3
20	–	geleistete sonstige laufende Transfers	321,8	169,0	75,7	77,0	57,5
21	+	empfangene sonstige laufende Transfers	281,9	153,9	19,9	108,2	97,4
22	=	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 609,0	144,9	659,2	1 805,0	–267,9
23	–	Konsumausgaben	2 289,8	–	615,4	1 674,4	–
24	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–49,1	–	49,1	–
25	=	Sparen	319,2	95,8	43,7	179,7	–267,9
26	–	geleistete Vermögenstransfers	59,9	13,4	36,4	10,1	5,1
27	+	empfangene Vermögenstransfers	55,4	24,6	15,5	15,4	9,6
28	–	Bruttoinvestitionen	603,6	347,5	66,8	189,3	–
29	+	Abschreibungen	552,3	318,1	68,4	165,8	–
30	–	Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	–3,3	–2,9	–1,3	0,8	3,3
31	=	Finanzierungssaldo	266,8	80,4	25,7	160,7	–266,8
		nachrichtlich:	–	–	–	–	–
32		verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 609,0	144,9	659,2	1805,0	–267,9
33	–	geleistete soziale Sachtransfers	401,7	–	401,7	–	–
34	+	empfangene soziale Sachtransfers	401,7	–	–	401,7	–
35	=	verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 609,0	144,9	257,5	2 206,6	–267,9
36	–	Konsum[3]	2 289,8	–	213,8	2 076,0	–
37	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–49,1	–	49,1	–
38	=	Sparen	319,2	95,8	43,7	179,7	–267,9

[1] Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.
[2] Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.
[3] Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt.

noch: Hauptaggregate der Sektoren

Jahresergebnisse 2017

in Mrd. Euro

			gesamte Volks-wirtschaft	Kapital-gesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o.E.	übrige Welt
1	=	Bruttowertschöpfung	2943,2	1993,1	313,7	636,4	–
2	–	Abschreibungen	570,4	328,2	70,4	171,8	–
3	=	Nettowertschöpfung[1]	2372,8	1664,9	243,3	464,6	–248,3
4	–	geleistete Arbeitnehmerentgelte	1669,6	1194,0	246,1	229,4	14,9
5	–	geleistete sonstige Produktionsabgaben	22,0	12,5	0,2	9,3	–
6	+	empfangene sonstige Subventionen	25,3	23,7	0,2	1,3	–
7	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	706,6	482,1	–2,8	227,3	–263,2
8	+	empfangene Arbeitnehmerentgelte	1671,5	–	–	1671,5	13,0
9	–	geleistete Subventionen	27,8	–	27,8	–	4,8
10	+	empfangene Produktions- und Importabgaben	344,0	–	344,0	–	6,9
11	–	geleistete Vermögenseinkommen	722,8	658,3	39,1	25,4	173,7
12	+	empfangene Vermögenseinkommen	779,2	356,6	17,0	405,7	117,2
13	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2750,8	180,3	291,4	2279,1	–304,6
14	–	geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	414,7	90,3	–	324,3	10,3
15	+	empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	424,6	–	424,6	–	0,4
16	–	geleistete Nettosozialbeiträge[2]	671,6	–	–	671,6	4,2
17	+	empfangene Nettosozialbeiträge[2]	672,8	123,2	548,8	0,8	2,9
18	–	geleistete monetäre Sozialleistungen	571,9	64,9	506,2	0,8	0,5
19	+	empfangene monetäre Sozialleistungen	564,8	–	–	564,8	7,5
20	–	geleistete sonstige laufende Transfers	331,6	178,6	71,9	81,1	58,5
21	+	empfangene sonstige laufende Transfers	291,1	157,5	21,6	112,0	99,0
22	=	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2714,5	127,3	708,2	1878,9	–268,3
23	–	Konsumausgaben	2376,1	–	636,8	1739,3	–
24	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–49,6	–	49,6	–
25	=	Sparen	338,3	77,8	71,4	189,2	–268,3
26	–	geleistete Vermögenstransfers	63,0	13,9	40,0	9,1	5,4
27	+	empfangene Vermögenstransfers	58,8	32,1	11,4	15,3	9,6
28	–	Bruttoinvestitionen	640,4	367,5	70,2	202,7	–
29	+	Abschreibungen	570,4	328,2	70,4	171,8	–
30	–	Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	–3,4	–3,0	–1,4	1,0	3,4
31	=	Finanzierungssaldo	267,5	59,6	44,4	163,4	–267,5
		nachrichtlich:	–	–	–	–	–
32		verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2714,5	127,3	708,2	1878,9	–268,3
33	–	geleistete soziale Sachtransfers	415,0	–	415,0	–	–
34	+	empfangene soziale Sachtransfers	415,0	–	–	415,0	–
35	=	verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2714,5	127,3	293,2	2293,9	–268,3
36	–	Konsum[3]	2376,1	–	221,8	2154,3	–
37	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–49,6	–	49,6	–
38	=	Sparen	338,3	77,8	71,4	189,2	–268,3

[1] Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.
[2] Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.
[3] Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2017 bis 2019: Prognose des IWH.

noch: Hauptaggregate der Sektoren

Jahresergebnisse 2018

in Mrd. Euro

			gesamte Volks-wirtschaft	Kapital-gesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o.E.	übrige Welt
1	=	Bruttowertschöpfung	3077,4	2091,4	324,7	661,2	–
2	–	Abschreibungen	589,1	340,6	70,4	178,0	–
3	=	Nettowertschöpfung[1]	2488,4	1750,8	254,3	483,3	–264,7
4	–	geleistete Arbeitnehmerentgelte	1741,7	1247,7	254,2	239,7	16,2
5	–	geleistete sonstige Produktionsabgaben	22,2	12,6	0,2	9,4	–
6	+	empfangene sonstige Subventionen	26,1	24,6	0,2	1,4	–
7	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	750,6	515,0	0,1	235,5	–280,9
8	+	empfangene Arbeitnehmerentgelte	1743,7	–	–	1743,7	14,1
9	–	geleistete Subventionen	28,3	–	28,3	–	5,4
10	+	empfangene Produktions- und Importabgaben	352,5	–	352,5	–	7,0
11	–	geleistete Vermögenseinkommen	756,9	694,7	38,1	24,1	174,7
12	+	empfangene Vermögenseinkommen	815,2	382,0	18,1	415,1	116,4
13	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2876,9	202,3	304,3	2370,2	–323,4
14	–	geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	428,5	93,6	–	334,8	10,7
15	+	empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	438,7	–	438,7	–	0,4
16	–	geleistete Nettosozialbeiträge[2]	696,1	–	–	696,1	4,3
17	+	empfangene Nettosozialbeiträge[2]	697,4	127,1	569,5	0,8	3,0
18	–	geleistete monetäre Sozialleistungen	588,8	64,9	523,2	0,8	0,5
19	+	empfangene monetäre Sozialleistungen	581,6	–	–	581,6	7,8
20	–	geleistete sonstige laufende Transfers	347,8	179,9	82,2	85,8	59,5
21	+	empfangene sonstige laufende Transfers	299,7	162,0	21,7	116,0	107,6
22	=	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2833,0	153,0	728,9	1951,1	–279,6
23	–	Konsumausgaben	2465,2	–	661,1	1804,1	–
24	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–50,0	–	50,0	–
25	=	Sparen	367,9	103,0	67,9	197,0	–279,6
26	–	geleistete Vermögenstransfers	59,8	17,7	33,2	8,8	5,9
27	+	empfangene Vermögenstransfers	55,9	29,1	11,2	15,6	9,8
28	–	Bruttoinvestitionen	677,3	389,3	74,1	214,0	–
29	+	Abschreibungen	589,1	340,6	70,4	178,0	–
30	–	Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	–3,9	–3,7	–1,4	1,2	3,9
31	=	Finanzierungssaldo	279,6	69,4	43,5	166,6	–279,6
		nachrichtlich:	–	–	–	–	–
32		verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2833,0	153,0	728,9	1951,1	–279,6
33	–	geleistete soziale Sachtransfers	431,7	–	431,7	–	–
34	+	empfangene soziale Sachtransfers	431,7	–	–	431,7	–
35	=	verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2833,0	153,0	297,3	2382,7	–279,6
36	–	Konsum[3]	2465,2	–	229,4	2235,7	–
37	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–50,0	–	50,0	–
38	=	Sparen	367,9	103,0	67,9	197,0	–279,6

[1] Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

[2] Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

[3] Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2017 bis 2019: Prognose des IWH.

noch: Hauptaggregate der Sektoren

Jahresergebnisse 2019

in Mrd. Euro

			gesamte Volks-wirtschaft	Kapital-gesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o.E.	übrige Welt
1	=	Bruttowertschöpfung	3197,1	2177,5	335,9	683,8	–
2	–	Abschreibungen	608,3	353,5	70,4	184,4	–
3	=	Nettowertschöpfung[1]	2588,8	1823,9	265,5	499,4	–279,6
4	–	geleistete Arbeitnehmerentgelte	1812,0	1300,0	262,3	249,8	17,7
5	–	geleistete sonstige Produktionsabgaben	22,4	12,8	0,2	9,5	–
6	+	empfangene sonstige Subventionen	26,5	24,9	0,2	1,4	–
7	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	780,8	536,1	3,2	241,5	–297,3
8	+	empfangene Arbeitnehmerentgelte	1814,3	–	–	1814,3	15,4
9	–	geleistete Subventionen	28,9	–	28,9	–	5,4
10	+	empfangene Produktions- und Importabgaben	363,2	–	363,2	–	7,0
11	–	geleistete Vermögenseinkommen	780,4	719,3	37,9	23,2	174,5
12	+	empfangene Vermögenseinkommen	840,8	400,1	18,1	422,6	114,1
13	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2989,8	216,9	317,7	2455,3	–340,6
14	–	geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	447,9	97,0	–	350,9	11,2
15	+	empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	458,7	–	458,7	–	0,4
16	–	geleistete Nettosozialbeiträge[2]	722,6	–	–	722,6	4,4
17	+	empfangene Nettosozialbeiträge[2]	723,8	130,9	592,0	0,8	3,2
18	–	geleistete monetäre Sozialleistungen	606,9	64,9	541,3	0,8	0,5
19	+	empfangene monetäre Sozialleistungen	599,5	–	–	599,5	8,0
20	–	geleistete sonstige laufende Transfers	364,5	190,9	87,7	85,9	60,5
21	+	empfangene sonstige laufende Transfers	311,0	169,0	22,0	120,0	114,0
22	=	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2940,8	164,0	761,4	2015,4	–291,6
23	–	Konsumausgaben	2550,6	–	686,7	1864,0	–
24	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–50,5	–	50,5	–
25	=	Sparen	390,2	113,5	74,8	202,0	–291,6
26	–	geleistete Vermögenstransfers	59,8	17,3	33,7	8,8	6,6
27	+	empfangene Vermögenstransfers	56,0	29,1	11,2	15,6	10,5
28	–	Bruttoinvestitionen	706,9	415,7	77,2	214,0	–
29	+	Abschreibungen	608,3	353,5	70,4	184,4	–
30	–	Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	–5,0	–5,0	–1,4	1,4	5,0
31	=	Finanzierungssaldo	292,7	68,1	46,9	177,7	–292,7
		nachrichtlich:	–	–	–	–	–
32		verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2940,8	164,0	761,4	2015,4	–291,6
33	–	geleistete soziale Sachtransfers	449,9	–	449,9	–	–
34	+	empfangene soziale Sachtransfers	449,9	–	–	449,9	–
35	=	verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2940,8	164,0	311,5	2465,3	–291,6
36	–	Konsum[3]	2550,6	–	236,7	2313,9	–
37	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–50,5	–	50,5	–
38	=	Sparen	390,2	113,5	74,8	202,0	–291,6

[1] Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.
[2] Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.
[3] Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2017 bis 2019: Prognose des IWH.

Tabelle A 2

VGR-Tabellen

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2017, 2018 und 2019

	2016	2017	2018	2019	2017 1.Hj.	2017 2.Hj.	2018 1.Hj.	2018 2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts								
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Erwerbstätige	1,3	1,5	1,3	1,0	1,5	1,5	1,3	1,3
Arbeitsvolumen	0,6	1,3	1,2	0,8	1,5	1,1	1,2	1,2
Arbeitsstunden je Erwerbstätige	–0,7	–0,2	–0,1	–0,2	0,0	–0,4	–0,1	–0,1
Produktivität[1]	1,3	0,9	1,0	0,8	0,6	1,2	1,1	0,8
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,9	2,2	2,2	1,6	2,2	2,3	2,3	2,1
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen								
a) Mrd. EUR								
Konsumausgaben	2 289,8	2 376,1	2 465,2	2 550,6	1 160,5	1 215,6	1 200,9	1 264,2
private Haushalte[2]	1674,4	1 739,3	1 804,1	1 864,0	850,5	888,8	879,2	924,8
Staat	615,4	636,8	661,1	686,7	310,0	326,8	321,7	339,4
Anlageinvestitionen	630,0	665,7	700,8	732,1	320,8	344,9	337,4	363,3
Ausrüstungen	205,8	214,9	227,3	236,4	101,7	113,1	108,2	119,2
Bauten	304,5	325,0	341,3	358,0	157,8	167,3	164,8	176,4
sonstige Anlageinvestitionen	119,7	125,8	132,1	137,7	61,3	64,5	64,4	67,7
Vorratsveränderung[3]	–26,4	–25,2	–23,4	–25,1	–6,4	–18,8	–1,6	–21,9
inländische Verwendung	2 893,4	3 016,6	3 142,5	3 257,6	1 475,0	1 541,6	1 536,8	1 605,7
Außenbeitrag	250,6	248,3	264,7	279,6	127,5	120,8	139,5	125,1
Exporte	1 450,0	1 537,8	1 651,8	1 756,5	761,2	776,6	812,7	839,2
Importe	1 199,4	1 289,5	1 387,1	1 476,9	633,7	655,8	673,1	714,0
Bruttoinlandsprodukt	3 144,1	3 264,9	3 407,2	3 537,2	1 602,5	1 662,4	1 676,4	1 730,8
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	3,3	3,8	3,7	3,5	3,9	3,7	3,5	4,0
private Haushalte[2]	2,7	3,9	3,7	3,3	4,0	3,8	3,4	4,1
Staat	4,8	3,5	3,8	3,9	3,5	3,5	3,8	3,8
Anlageinvestitionen	4,3	5,7	5,3	4,5	5,2	6,1	5,2	5,4
Ausrüstungen	2,5	4,4	5,8	4,0	2,7	5,9	6,3	5,4
Bauten	4,6	6,7	5,0	4,9	7,0	6,5	4,5	5,5
sonstige Anlageinvestitionen	6,4	5,1	5,1	4,2	4,9	5,3	5,1	5,0
Inländische Verwendung	3,3	4,3	4,2	3,7	4,3	4,2	4,2	4,2
Exporte	1,6	6,1	7,4	6,3	6,0	6,1	6,8	8,1
Importe	1,4	7,5	7,6	6,5	8,8	6,3	6,2	8,9
Bruttoinlandsprodukt	3,3	3,8	4,4	3,8	3,4	4,2	4,6	4,1
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:								
Außenbeitrag	8,0	7,6	7,8	7,9	8,0	7,3	8,3	7,2
3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)								
a) Mrd. EUR								
Konsumausgaben	2 119,2	2 159,1	2 198,8	2 232,5	1 061,7	1 097,3	1 079,1	1 119,7
private Haushalte[2]	1 566,5	1 600,1	1 632,4	1 657,5	784,8	815,3	799,1	833,3
Staat	552,2	558,7	566,2	574,9	276,7	282,0	279,9	286,4
Anlageinvestitionen	572,3	593,7	613,2	629,3	286,9	306,8	295,9	317,3
Ausrüstungen	199,6	207,8	218,6	226,3	97,9	109,9	103,6	115,1
Bauten	263,9	273,1	278,4	283,9	133,5	139,6	135,3	143,1
sonstige Anlageinvestitionen	109,4	113,5	117,3	120,7	55,6	57,9	57,4	59,9
inländische Verwendung	2 657,5	2 719,3	2 779,7	2 828,1	1 340,6	1 378,6	1 370,7	1 409,0
Exporte	1 395,1	1 455,4	1 546,2	1 620,9	720,5	734,9	763,9	782,3
Importe	1 196,7	1 256,1	1 345,2	1 422,0	613,2	642,9	654,2	691,0
Bruttoinlandsprodukt	2v855,4	2 919,3	2 983,3	3 031,7	1 447,5	1 471,8	1 480,9	1 502,4
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	2,5	1,9	1,8	1,5	2,0	1,8	1,6	2,0
private Haushalte[2]	2,1	2,1	2,0	1,5	2,2	2,1	1,8	2,2
Staat	3,7	1,2	1,3	1,5	1,4	0,9	1,1	1,6
Anlageinvestitionen	3,1	3,7	3,3	2,6	3,4	4,1	3,1	3,4
Ausrüstungen	2,2	4,2	5,2	3,5	2,5	5,7	5,8	4,7
Bauten	2,7	3,5	2,0	2,0	4,0	3,0	1,3	2,6
sonstige Anlageinvestitionen	5,5	3,7	3,4	2,9	3,7	3,8	3,4	3,4
inländische Verwendung	2,4	2,3	2,2	1,7	2,4	2,3	2,2	2,2
Exporte	2,6	4,3	6,2	4,8	4,1	4,6	6,0	6,4
Importe	3,9	5,0	7,1	5,7	5,0	5,0	6,7	7,5
Bruttoinlandsprodukt	1,9	2,2	2,2	1,6	2,2	2,3	2,3	2,1

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2017, 2018 und 2019

	2016	2017	2018	2019	2017 1.Hj.	2017 2.Hj.	2018 1.Hj.	2018 2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des								
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
private Konsumausgaben[2]	0,6	1,7	1,7	1,8	1,7	1,7	1,5	1,8
Konsumausgaben des Staates	1,1	2,3	2,4	2,3	2,1	2,5	2,6	2,3
Anlageinvestitionen	1,2	1,8	1,9	1,8	1,7	2,0	2,0	1,9
Ausrüstungen	0,4	0,2	0,6	0,5	0,3	0,2	0,5	0,6
Bauten	1,9	3,2	3,0	2,9	2,9	3,4	3,1	2,8
Exporte	–1,0	1,7	1,1	1,4	1,9	1,5	0,7	1,5
Importe	–2,5	2,4	0,5	0,7	3,7	1,3	–0,4	1,3
Bruttoinlandsprodukt	1,3	1,6	2,1	2,2	1,2	1,9	2,2	2,0
5. Einkommensentstehung und -verteilung								
a) Mrd. EUR								
Primäreinkommen der privaten Haushalte[2]	2 177,2	2 279,1	2 370,2	2 455,3	1 120,0	1 159,2	1 162,4	1 207,8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	288,9	300,7	313,2	325,9	145,1	155,6	151,0	162,1
Bruttolöhne und -gehälter	1 311,5	1 370,8	1 430,6	1 488,3	653,2	717,6	681,6	749,0
übrige Primäreinkommen[4]	576,9	607,6	626,5	641,0	321,7	285,9	329,8	296,7
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	467,7	471,7	506,7	534,5	218,9	252,7	242,0	264,6
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 644,9	2 750,8	2 876,9	2 989,8	1 338,9	1 411,9	1 404,5	1 472,4
Abschreibungen	552,3	570,4	589,1	608,3	283,3	287,1	292,6	296,5
Bruttonationaleinkommen	3 197,2	3 321,2	3 465,9	3 598,2	1 622,2	1 699,0	1 697,0	1 768,9
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	2 338,0	2 434,6	2 552,7	2 655,5	1 180,6	1 254,0	1 242,5	1 310,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	737,7	763,0	808,9	841,2	382,3	380,7	409,8	399,1
Arbeitnehmerentgelt	1 600,3	1 671,5	1 743,7	1 814,3	798,3	873,2	832,6	911,1
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Primäreinkommen der privaten Haushalte[2]	3,2	4,7	4,0	3,6	4,6	4,8	3,8	4,2
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,6	4,1	4,1	4,1	3,8	4,4	4,1	4,2
Bruttolöhne und -gehälter	4,0	4,5	4,4	4,0	4,5	4,5	4,3	4,4
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	2,5	2,8	2,8	2,9	2,7	2,8	2,8	2,8
übrige Primäreinkommen[4]	1,7	5,3	3,1	2,3	5,0	5,7	2,5	3,7
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	3,0	0,8	7,4	5,5	–1,4	2,8	10,5	4,7
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,2	4,0	4,6	3,9	3,6	4,4	4,9	4,3
Abschreibungen	3,0	3,3	3,3	3,3	3,3	3,3	3,3	3,3
Bruttonationaleinkommen	3,1	3,9	4,4	3,8	3,5	4,2	4,6	4,1
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	3,2	4,1	4,9	4,0	3,5	4,8	5,2	4,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	2,1	3,4	6,0	4,0	1,6	5,3	7,2	4,8
Arbeitnehmerentgelt	3,8	4,5	4,3	4,0	4,4	4,5	4,3	4,3
6. Einkommen und Einkommensverwendung								
a) Mrd. EUR								
Masseneinkommen	1 299,2	1 350,5	1 404,3	1 454,5	650,5	700,0	675,7	728,6
Nettolöhne und -gehälter	869,1	905,8	946,4	982,4	427,7	478,1	446,9	499,5
monetäre Sozialleistungen	544,9	564,8	581,6	599,5	282,5	282,3	290,2	291,4
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	114,8	120,1	123,6	127,4	59,7	60,4	61,3	62,3
übrige Primäreinkommen[4]	576,9	607,6	626,5	641,0	321,7	285,9	329,8	296,7
sonstige Transfers (Saldo)[5]	–71,1	–79,2	–79,7	–80,1	–38,7	–40,5	–39,0	–40,7
Verfügbares Einkommen	1 805,0	1 878,9	1 951,1	2 015,4	933,4	945,5	966,5	984,6
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	49,1	49,6	50,0	50,5	24,5	25,1	24,7	25,3
Konsumausgaben	1 674,4	1 739,3	1 804,1	1 864,0	850,5	888,8	879,2	924,8
Sparen	179,7	189,2	197,0	202,0	107,3	81,8	112,0	85,1
Sparquote (%)[6]	9,7	9,8	9,8	9,8	11,2	8,4	11,3	8,4
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Masseneinkommen	3,6	4,0	4,0	3,6	4,2	3,7	3,9	4,1
Nettolöhne und -gehälter	3,9	4,2	4,5	3,8	4,3	4,1	4,5	4,5
monetäre Sozialleistungen	3,1	3,6	3,0	3,1	4,3	3,0	2,7	3,2
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	2,9	4,6	3,0	3,1	5,6	3,6	2,7	3,2
übrige Primäreinkommen[4]	1,7	5,3	3,1	2,3	5,0	5,7	2,5	3,7
Verfügbares Einkommen	2,9	4,1	3,8	3,3	4,2	4,0	3,5	4,1
Konsumausgaben	2,7	3,9	3,7	3,3	4,0	3,8	3,4	4,1
Sparen	3,5	5,3	4,2	2,5	5,1	5,4	4,3	4,0

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2017, 2018 und 2019

	2016	2017	2018	2019	2017 1.Hj.	2017 2.Hj.	2018 1.Hj.	2018 2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates[7]								
a) Mrd. EUR								
Einnahmen								
Steuern	732,0	768,6	791,3	821,9	385,1	383,5	396,5	394,8
Nettosozialbeiträge	523,8	548,8	569,5	592,0	265,7	283,1	275,7	293,8
Vermögenseinkommen	18,1	17,0	18,1	18,1	8,6	8,3	9,9	8,2
sonstige Transfers	19,9	21,6	21,7	22,0	10,1	11,4	10,1	11,6
Vermögenstransfers	15,5	11,4	11,2	11,2	5,4	6,0	5,3	5,9
Verkäufe	104,9	109,3	113,2	117,4	52,2	57,1	54,0	59,2
sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 414,2	1 476,9	1 525,1	1 582,9	727,3	749,5	751,5	773,6
Ausgaben								
Vorleistungen[8]	418,8	432,6	449,7	468,4	210,0	222,6	218,1	231,6
Arbeitnehmerentgelt	236,5	246,1	254,2	262,3	118,4	127,7	122,3	131,9
Vermögenseinkommen (Zinsen)	41,6	39,1	38,1	37,9	19,9	19,2	19,3	18,8
Subventionen	27,8	27,8	28,3	28,9	13,5	14,3	13,8	14,5
monetäre Sozialleistungen	486,3	506,2	523,2	541,3	253,2	253,0	261,0	262,2
sonstige laufende Transfers	75,7	71,9	82,2	87,7	40,9	31,0	47,9	34,3
Vermögenstransfers	36,4	40,0	33,2	33,7	20,7	19,3	13,7	19,5
Bruttoinvestitionen	66,8	70,2	74,1	77,2	30,1	40,1	31,7	42,4
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	–1,3	–1,4	–1,4	–1,4	–0,7	–0,8	–0,7	–0,8
Insgesamt	1 388,6	1 432,4	1 481,6	1 536,0	706,1	726,3	727,2	754,4
Finanzierungssaldo	25,7	44,4	43,5	46,9	21,2	23,2	24,3	19,3
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Einnahmen								
Steuern	4,9	5,0	3,0	3,9	5,6	4,4	2,9	3,0
Nettosozialbeiträge	4,6	4,8	3,8	4,0	4,8	4,8	3,7	3,8
Vermögenseinkommen	–15,4	–6,1	7,0	–0,3	–9,9	–1,8	15,0	–1,3
sonstige Transfers	–5,0	8,4	0,7	1,3	12,9	4,8	–0,3	1,7
Vermögenstransfers	24,6	–26,3	–2,1	0,5	–28,6	–24,1	–2,4	–1,8
Verkäufe	4,3	4,2	3,5	3,7	4,8	3,7	3,4	3,6
sonstige Subventionen	–	–	–	–	–	–	–	–
Insgesamt	4,4	4,4	3,3	3,8	4,8	4,1	3,3	3,2
Ausgaben								
Vorleistungen[8]	6,1	3,3	4,0	4,2	3,3	3,3	3,9	4,0
Arbeitnehmerentgelt	3,2	4,1	3,3	3,2	4,4	3,8	3,3	3,3
Vermögenseinkommen (Zinsen)	–10,4	–6,0	–2,6	–0,5	–3,8	–8,2	–3,0	–2,1
Subventionen	3,0	–0,1	2,1	1,8	–0,6	0,3	2,3	1,8
monetäre Sozialleistungen	3,5	4,1	3,4	3,5	4,8	3,4	3,1	3,6
sonstige laufende Transfers	1,3	–5,1	14,3	6,8	2,3	–13,3	17,1	10,6
Vermögenstransfers	21,2	9,9	–16,8	1,4	31,9	–6,8	–33,5	1,0
Bruttoinvestitionen	4,1	5,1	5,5	4,3	4,1	5,8	5,0	5,8
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	–	–	–	–	–	–	–	–
Insgesamt	4,0	3,2	3,4	3,7	4,4	2,0	3,0	3,9
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:								
Finanzierungssaldo des Staates	0,8	1,4	1,3	1,3	1,3	1,4	1,4	1,1

[1] Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.
[2] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[3] Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.
[4] Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.
[5] Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.
[6] Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).
[7] Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.
[8] Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des IWH; ab 2017: Prognose des IWH.